Sonnabend, 19. März 1932
Nr. 68. Jahrg. 1932.

Preis 10 Pfg.

Sächsische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A

Menetekel der Lage im Reich

Groener gegen Severing

Der von der SPD tolerierte Minister toleriert die Nazis weiter

Der Reichsinnenminister teilt mit:

„Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der SA's und Putschabsichten angeht, so handelt es sich dabei zum Teil um alte bekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unverzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet, und jede der Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachgeprüft.

Ich habe den preußischen Innenminister gebeten, mir schleunigst das bei den Haussuchungen der letzten Tage gefundene Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine Entschlüsse treffen.“

Schwurhelfer Groener

TU. Berlin, 18. März 1932.

Reichsinnenminister Groener teilt mit: „Es ist zutreffend, daß Herr Röhm einige Tage vor der Wahl mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, daß er beabsichtige, für den Wahltag die SA's in ihren Unterkunftsräumen geschlossen zu halten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen.

Gegen diese Maßnahme bestanden beim Reichsinnenministerium keine Bedenken,

besonders auch deshalb nicht, weil dadurch die Verantwortlichkeit der SA-Leitung für alle etwaigen Vorkommnisse klar festgestellt war. Der ruhige Verlauf der Wahl hat der Auffassung des Ministeriums recht gegeben.“

Dieser Mitteilung des Reichsinnenministers, so sagt die Tel.-Union, wird von zuständiger Stelle hinzugefügt, daß selbstverständlich auch das Ministerium entsprechende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung getroffen habe. Die Unterbringung der SA's in ihren Unterkunftsräumen sei natürlich kein Alibi für irgendwelche dennoch begangenen strafbaren Handlungen.

★

Aus diesen äußerst frostigen Erklärungen des Herrn Groener, dem Exponenten des Brüning-Hindenburg-Systems, ergibt sich klar und eindeutig, daß die Reichsregierung — was auch gar nicht anders zu erwarten war —

gegen die nationalsozialistischen Putschisten selbstverständlich nicht das geringste unternehmen wird.

Für Herrn Groener handelt es sich um „alte bekannte Nachrichten“. Ihm ist — trotz allem Legalitätsgeschwätz der Hakenkreuzführer — die Tatsache bekannt, daß maßgebende Kreise der Hitlerleute zu illegalen Schritten rüsten. Herr Groener ist keineswegs gesonnen, darauf eine Aktion gegen die Nazis zu gründen. Im Gegenteil: als Führer der Bourgeoisie, mit einem feinen Instinkt für praktische Witterung ausgestattet, weiß Groener, daß der deutsche Kapitalismus zu seiner Erhaltung die Truppen Hitlers nötig hat. Und diese Erwägung steht über allen Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Chef der Reichswehr und den Häuptlingen der Nazi-Privatarmee. **Die Bourgeoisie will sich diese Garde auf alle Fälle als Rückendeckung halten.**

All das überrascht uns nicht. Was aber dem deutschen Proletariat immer wieder eingehämmert werden muß, ist

die Rolle, welche die Sozialdemokratie in diesen Dingen spielt.

Was sagt der Abend-„Vorwärts“ zu der unzweideutigen Desavouierung, welche die Aktion des preußischen Innenministers durch den Innenwehrminister des Reiches erfährt? Er hüllt sich in ein vielsagendes Schweigen. Das heißt: **er toleriert die Nazi-Tolerierungspolitik Groeners!**

Auch auf diesem Gebiet erweist sich die sozialdemokratische Politik als eine sachliche Hilfsstellung für den Faschismus. Wir stellen nochmals fest, daß der Reichstag bei seinem letzten kurzen Gastspiel den Beschluß gefaßt hat, daß die Einstellung der Nazis in die Reichswehr zu unterbleiben habe; Groeners berüchtigter Erlaß sei wieder aufzuheben. Die Regierung ließ sofort verlautbaren, daß sie gar nicht daran denke, dieser Aufforderung nachzukommen.

Wir haben bis heute nichts davon gehört, daß die Sozialdemokratie dagegen auch nur den leisesten Protest erhoben hätte.

Durch die neueste Verlautbarung Groeners fällt ein grelles Scheinwerferlicht auf diese Politik. Die Sozialdemokratie macht sich nicht nur mitschuldig an dem schroffen Diktaturregime Brüning, sie toleriert nicht nur die „legale“ Ausbeutung des deutschen Proletariats. Sie toleriert den Faschismus — indem sie den Minister Groener toleriert!

(Weitere Nachrichten S. 2)

Kurszusammenbruch der Kreuger-Werte

Was nach dem Selbstmord Kreugers mit Bestimmtheit vorauszusehen war, die kapitalistische Presse ihrem Publikum aber nicht mitzuteilen wagte, ist jetzt in seinem ganzen Umfang eingetreten: die Kreuger-Papiere, deren Kurse schon vor dem Selbstmord des schwedischen Zündholzkönigs in starker Abwärtsbewegung begriffen waren, werden heute zu Preisen verschleudert, die nur noch um eine Geringfügigkeit über Null liegen. Aktien, die zu einer Zeit, als Kreugers Stern im Zenith stand, mit 1400 Franken bewertet wurden, kamen am 17. März in Basel zu kläglichen 15 Franken zum Verkauf. Das Angebot kam in der Hauptsache aus Stockholm, dessen Börse bekanntlich sofort nach Kreugers Selbstmord geschlossen worden ist, um dem Lande das Schauspiel einer Panik zu ersparen. Das ist auch gelungen, aber doch nur mit der Folge, daß die Aktieninhaber sich auf andere Börsen stürzten und den Schauplatz ins Ausland verlegten.

Beunruhigt von den Vorgängen in Basel ist der Börsenvorstand dieser Stadt sofort von Stockholm aus ersucht worden, den Handel in Kreugerwerten unverzüglich einzustellen.

In Stockholm selbst sind am 17. März im Freiverkehr die Krugerwerte ebenfalls zu stark gesenkten Kursen gehandelt worden. Am 18. März zogen die Kurse hauptsächlich infolge ausländischer Käufe, wieder etwas an. Eine große Bedeutung kommt dieser Tatsache nicht zu. Schon heute kann festgestellt werden, daß

der Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns ein geschichtliches Faktum

ist und daß dieser Zusammenhang zugleich auch die fast vollkommene Enteignung aller — in Schweden besonders zahlreichen — Inhaber von Kreugerwerten und damit auch deren finanziellen Zusammenbruch bedeutet. Das wieder muß in Schweden Folgen zeitigen, die in ihrer Tragweite noch gar nicht abzusehen, sicher aber kaum zu überschätzen sind. Einmal erleidet die Kaufkraft Schwedens einen gewaltigen Stoß und zum anderen hat sich schon heute in Schweden eine derartige Unruhe des Kapitalisten-Publikums bemächtigt, daß das Kreditwesen völlig ins Stocken geraten ist. Greift aber der Staat ein und sollte auch in Schweden den Kapitalisten ein helfender Brüning erstehen, dann wäre der Preis hierfür unvermeidlich ein sehr solider Staatsbankrott, denn die Last, die dadurch dem Vater Staat aufgewälzt würde, wäre noch um ein Erhebliches größer als der Preis, den Brüning für die Sanierung der deutschen Banken erlegte.

In ihrem großen Kursabsturz reißen die Kreugerwerte überall auch andere Papiere mit. Ein illustratives Beispiel hierfür bietet die Schweiz. Dort sanken die Aktien der Allgemeinen Finanzgesellschaft Zürich von 120 auf 80 Franken und büßten damit ein Drittel ihres Wertes ein. Auch andere Banken- und Industriewerte gaben, wenn auch nicht in solchem Ausmaße, nach. Gleichzeitig sank die Schwedenkrone von 103,50 auf 100 Franken. Das ist das Echo eines Pistolenschusses.

Osterfrieden!

Vom Kapitalismus diktiert

WTB. Berlin, 18. März 1932.

Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachtszeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben befriedet werden soll. In der Zeit von Palmsonntag bis zum Weißen Sonntag mittags 12 Uhr (20. März—3. April) dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts verboten.

Auch diese Nachricht ist ein alarmierendes Dokument für die politische Situation. Der „Osterfrieden“, den das kapitalistische Diktaturregime jetzt dekretiert, ist in seiner politischen Auswirkung noch weit verheerender als der „Weihnachtsfrieden“. Wir stehen nicht nur vor dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: auch die Wahlen zu einer Reihe der wichtigsten Länderparlamente Deutschlands werden in den nächsten Wochen stattfinden. Der Sinn des österlichen Burgfriedens liegt darin, daß

die proletarisch-revolutionäre Propaganda nahezu vollkommen unterdrückt wird.

Im besonderen ist die Beschränkung der Wahlpropaganda zur Präsidentenwahl auf die Frist von ganzen acht Tagen ein unerhörter Skandal. Die Regisseure der Hindenburg-Wahl scheinen mit Recht befürchtet zu haben, daß eine intensive Kampagne des revolutionären Sozialismus beim zweiten Wahlgang doch eine erhebliche Anzahl irregeführter Proletarier von der „Eisernen Front“ losgelöst und zur Front des Proletariats hinübergeführt hätte. Zieht man weiter in Betracht, daß die Hindenburg-Wahlmacher über propagandistische Möglichkeiten verfügen, die dem Proletariat in dieser herrlichsten aller Republiken für immer versagt bleiben — wir denken vor allem an den Rundfunk! —, so rundet sich das Bild der Hindenburg-Brüning-Diktatur.

Diese Diktatur bedeutet nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft auf der ganzen Linie.

Aber die Herren mögen sich nicht täuschen! Wenn die Osterglocken des Christentums den kapitalistischen Burgfrieden feierlich bekräftigen werden; wenn scheinbar eine Kirchhofsruhe in ganz Deutschland eingekehrt sein wird — dann wird sich das unterirdische Beben fortsetzen, jenes Beben, das der Vorbote einer kommenden Auseinandersetzung in Deutschland ist. **Der schrille Klang der sozialen Revolution wird eines Tages dem Burgfrieden, den der Kapitalismus unter der passiven Hilfe des Reformismus geschlossen hat, ein jähes Ende bereiten.**

Bier wird billiger

Biersteuer endlich gesenkt

Die schon vor dem Bierstreik beschlossene und dann als „Strafmaßnahme" wieder zurückgezogene Biersteuerermäßigung ist jetzt endlich vom Kabinett erledigt worden. Danach wird die Reichsbiersteuer allgemein um 3 Mark gesenkt, das macht für die Großbrauereien eine Senkung um 25 Proz., für die kleinen um 33⅓ Proz. aus.

Außerdem sollen auch die Gemeindebiersteuern gesenkt werden. Bei dem höchsten Satz von 10 Mark je Hektoliter soll ein Abschlag von 4 bis 6 Mark, bei niedrigerer Steuer ein Abschlag von 40 Proz., jedoch nicht unter 4 Mark eintreten. Das würde insgesamt eine steuerliche Entlastung bis zu 7 Mark je Hektoliter bedeuten. Falls dazu der von Gördeler verlangte Preisnachlaß der Brauereien um 2 Mark und die in Aussicht gestellte Ermäßigung des Schanknutzens kommt, würde die Verbilligung etwa 10 Mark ausmachen. Das würde praktisch eine

Verbilligung des Glases Bier um 5 Pfg.

bedeuten.

Ob diese Ermäßigung in der Praxis wirklich eintritt bleibt abzuwarten. Daß das Reich endlich diese ungerechtfertigt hohe Verbrauchsabgabe gesenkt hat — wenn auch erst unter dem Druck des Braukapitals und der Gastwirte — ist zu begrüßen. Es wird aber darüber hinaus eine Aufgabe sein, darüber zu wachen, daß die Interessenten nicht einseitig ihren „Sieg" zur Steigerung des eigenen Profits ausnutzen, ohne die in Aussicht gestellte Preisermäßigung auch ihrerseits durchzuführen.

Arbeiterstaat wird abgewürgt

Canberra, 16. März 1932.

Der Senat des Bundesparlaments hat mit 15 gegen 9 Stimmen eine Entschließung angenommen, die die Bundesregierung ermächtigt, die Steuereinnahmen von Neusüdwales zu beschlagnahmen, um dadurch einen Ausgleich für die von Neusüdwales geschuldeten Summen in Höhe von 924 082 Pfund Sterling zu schaffen. Die Regierung von Neusüdwales bestreitet, daß diese Maßnahmen gesetzlich zulässig seien.

*

Neusüdwales wird bekanntlich regiert von einem Arbeiterkabinett und die Arbeiterpartei dieses Bundesstaats gehört außerdem noch zum linken Flügel der Arbeiterpartei und führt ihn. Grund genug, um das Kabinett auf „kaltem Weg" abzuwürgen. Wozu hätte man denn auch eine „nationale Regierung", mit „sozialistischen" Ueberläufern an der Spitze?!

Mordanschlag auf den Ministerpräsidenten

Sydney, 18. März 1932.

Die hiesigen Behörden haben durch einen Funkspruch des Londoner Generalagenten von Neusüdwales, Willis, von einer Verschwörung der Mitglieder eines antikommunistischen Verbandes (!) Kenntnis erhalten. Die Verschwörer sollen beabsichtigt haben, den zum linken Flügel der Arbeiterpartei gehörenden Ministerpräsidenten von Neusüdwales, Lang, bei der morgigen Einweihungsfeier einer neuen Brücke ins Wasser zu werfen. Willis bestätigt, daß er den Funkspruch gesandt hat, und erklärt, er habe aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren, daß eine solche Verschwörung angezettelt worden sei.

Alfonsos Manifest

Unmittelbar, nachdem der Aufruf des fortgejagten Königs von Spanien an sein „liebes Volk" bekanntgeworden war, kamen auch die üblichen Dementis heraus. Jetzt muß der „Temps" feststellen, daß der Exkönig selbst den Aufruf als authentisch bezeichnet hat. Alfons habe den Text gekannt, der in vollem Einvernehmen mit den nach Frankreich geflüchteten spanischen Royalisten abgefaßt worden sei. Andererseits habe jedoch nicht die Absicht bestanden, dieses Manifest so rasch zu veröffentlichen. Die vorzeitige Veröffentlichung sei von den Royalisten ausgegangen. Der König habe erklärt, es sei nicht sein Wunsch gewesen, die französische Gastfreundschaft in irgendeiner Weise zu mißbrauchen. (So ein guter Kerl! Red.)

Severings mißglückter Schlag

b. j. Berlin, 18. März 1932.

Ueber die Haussuchungen, die gestern auf Anordnung des preußischen Innenministers in ganz Preußen in den Gau- und anderen Büros der Nationalsozialisten vorgenommen worden sind, ist bis zur Stunde eine amtliche Bekanntmachung nicht herausgegeben worden. Danach scheint hierbei belastendes Material im Sinne des bereits bekannten, das der preußischen Regierung vor dem Beginn ihrer Aktion vorlag, nicht gefunden worden zu sein. Das Gegenteil wäre auch außerordentlich merkwürdig gewesen.

Man kann selbst in kühnsten Träumen nicht glauben, daß die Herren Nazis solche Dokumente, durch die ihre im Widerspruch mit so vielen Eidschwüren des „Führers" stehende Illegalität erwiesen worden wäre, an beinahe öffentlichem Ort aufbewahren würden.

Die „SAZ" hat — daran soll hier doch erinnert werden — am Vortage der Wahl, in ihrer Ausgabe vom 12. März in einer ZN-Meldung auf die vorgesehene Herausziehung der Nazi-Formationen aus Berlin hingewiesen und als erste Zeitung authentische Nachrichten über die Alarmstellung von Hitlers Privatarmee gebracht.

An den Reichswehrminister Groener sandten, „namens der 110 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, hinter denen 11½ Millionen Wähler stünden", Dr. Frick und Gregor Straßer ein Protest-Telegramm. Groeners Feindseligkeit gegen Severings Aktion zog ihr schnell die Grenze. Heute schon ist klar:

Das Verbot der Hitlerschen Privat-Armee wird Severing nicht verfügen

Die Ausreden der Mannschaft des Braunen Hauses für die auffällige Alarm-Versammlung der Mannschaften, ihre Ausrüstung und Bewaffnung, teilweise sogar mit schweren Waffen, fußen darauf, daß von Führern der „Eisernen Front" ja deutlich ausgesprochen worden sei, man werde auch die gewissermaßen legale Machtergreifung durch Hitler mit dem Bürgerkrieg beantworten. Nur gegen „illegales Vorgehen der Arbeiterschaft gegen einen am 13. März rechtmäßig gewählten Präsidenten Hitler habe man sich sichern wollen.

Hitler selbst

äußert sich, wie der Conti-Dienst mitteilt, zu der preußischen Aktion gegen die illegalen Pläne folgendermaßen: Er behauptet, durch diesen „nach alten Rezepten aufgezogenen Verhaftungs- und Beschlagnahmerummel", wie er das heutige Vorgehen der preußischen Polizei bezeichnet, solle der Oeffentlichkeit die Meinung suggeriert werden, die NSDAP und ihre Organisationen beabsichtigten, „ungesetzliche Maßnahmen" in einem Augenblick zu ergreifen, „da die legae Entwicklung ihr bereits die Stellung der stärksten Partei Deutschlands" gegeben habe. Zu der Konzentration der SA-Leute in der Wahlnacht bemerkte Hitler, diese Anordnung sei bisher noch bei jeder Wahl durchgeführt worden, um, wie er wörtlich erklärt, „das Abschlachten einzelgehender SA- und SS-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Ministers Severing, des Reichsbanners, der Eisernen Front und der ihnen wesens- und wahlverwandten Kommune" zu verhindern. In der Tat sei auch die Richtigkeit dieser Maßnahme dadurch erwiesen, daß „den sozialdemokratischen und kommunistischen Mordabsichten am letzten Wahltag weniger Leute als sonst" zum Opfer gefallen wären. Im übrigen behauptet Hitler, er habe von dieser Konzentration

dem Reichsinnenminister eine Woche vorher — er sagt: „Durch meinen Stabschef amtlich" — Kenntnis gegeben.

Außerdem läßt er erklären, daß nach den Erhebungen seiner Parteidienststelle die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigungen des Herrn Severing zutage getreten sei; er werde am Freitag durch seinen Stabschef der Oeffentlichkeit den Beweis dafür und für die „unbedingte Gesetzlichkeit der NSDAP und ihrer Handlungen" liefern.

Tatsächlich schmeckt das Vorgehen Severings rechtbedenklich nach dem Wahlkampf. Wenn er tatsächlich gegen die Bürgerkriegsrüstungen ernstlich hätte vorgehen wollen, so wäre hierzu

viel früher Zeit und viel bessere, begründetere Gelegenheit gewesen

Die bürgerliche Korrespondenz Hofrichter hat sich in preußischen Zentrumskreisen nach dem Eindruck und vornehmlich nach den politischen Zielen der Severing-Aktion erkundigt und teilt als Resultat ihrer Erkundigungen folgendes mit:

„Mit einem gewissen Bedauern wird in Parteikreisen des preußischen Zentrums verzeichnet, daß der Reichskanzler gegenüber diesen Bestrebungen eine etwas zögernde Haltung einnimmt und daß er offenbar nicht vor der Wahl des Reichspräsidenten am 10. April eine Legislative entfalten, einen verwaltungsmäßigen Akt vollziehen wolle, der einen Zustand wie unter dem Sozialistengesetz alten Andenkens herbeiführt."

Auch andere wesentliche Stellen der Reichsregierung lehnen ein Verbot der SA- und der SS-Abteilungen auf das nachdrücklichste ab. Die preußische Aktion vollzieht sich also in einer gewissen Isolierung. Dessen waren sich Severing, Braun und die Landtagsfraktion des preußischen Zentrums auch zweifellos bewußt.

Wenn sie trotzdem wenige Tage nach der Präsidentenwahl diese Aktion durchgeführt haben, so zweifellos, um die Reichsregierung mit aller Macht nach links zu ziehen — ganz im Sinne des Führers der „Eisernen Front" Höltermann, der am 22. Februar in der Westfalenhalle erklärt hat, daß nach dem 13. März das Liebäugeln der Reichswehr mit den Nazis aufhören müsse.

Der Versuch, die Reichsregierung mit aller Macht nach links zu zwingen, ist also im ersten Anfang bereits gescheitert. Die Reichsregierung, und insbesondere ihr stärkster Mann, der Innenminister Groener, denkt nicht daran, sich von den sozialdemokratischen „Wahlhelfern" vorschreiben zu lassen, mit wem er gut Freund sein darf und mit wem nicht.

Der Schlag ins Wasser

Noch keine Resultate . . .

Berlin, 18. März 1932.

Auf eine Nachfrage wegen des Ergebnisses der bei der NSDAP in ganz Preußen vorgenommenen polizeilichen Haussuchungen wurde der Telegraphen-Union am Freitag mittag von zuständiger Seite im preußischen Ministerium des Innern mitgeteilt, daß das Ergebnis noch nicht zu übersehen sei. Die Sichtung des beschlagnahmten Materials nehme naturgemäß außerordentlich viel Zeit in Anspruch, schon deswegen, weil die betreffenden Beamten, die die Haussuchungen durchgeführt hätten, nicht abgelöst werden könnten, da sich ein Nachfolger erst wieder in das bereits bearbeitete Material einfinden müßte. Es erscheine zweifelhaft, ob noch im Laufe des Freitag ein Ergebnis der Haussuchungen mitgeteilt werden könne.

Von anderer Seite wird in der gleichen Angelegenheit gemeldet:

Zernierung Berlins

BS., 18. März 1932.

Die Berliner Politische Polizei war am Freitag vormittag noch immer mit der Sichtung des bei den gestrigen Haussuchungen in nationalsozialistischen Geschäftsstellen in Berlin beschlagnahmten Materials beschäftigt. Verlautbarungen über das Ergebnis der Aktion hat sich das Preußische Innenministerium vorbehalten.

Zu weiteren Haussuchungen ist es bisher nicht gekommen. Man rechnet damit, daß seitens der zuständigen Stellen in Preußen in Erwiderung auf die Erklärungen Hitlers, er habe vor der Reichspräsidentenwahl dem Reichsinnenminister über die beabsichtigte Zusammenhaltung der S. A.- und S. S.-Männer in ihren Vereinslokalen Mitteilung gemacht, darauf hingewiesen werden wird, daß nach den aufgefundenen Dokumenten keine Zusammenfassung in den Vereinslokalen, sondern die

Besetzung einer bestimmten Zernierungslinie um Berlin

beabsichtigt gewesen sei.

Immer weiter „legal"!

TU. München, 18. März 1932.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP gibt eine Mitteilung heraus, wonach gegenüber dem Versuch, die nationalsozialistische Bewegung mit illegalen Absichten zu belasten, und gegenüber dem von den Nationalsozialisten schon seit Monaten vorhergesehenen und ihnen bekanntgewordenen Absichten des preußischen Innenministers alle maßgebenden Unterführer der Partei eine Erklärung des Führers über die absolute Gesetzlichkeit und Legalität der Absichten und des Vorgehens der Partei und ihrer gesamten Glieder persönlich unterzeichnet hätten. Alle diese Dokumente seien noch am Donnerstag nach Berlin gesandt und würden am Freitag dem Reichsinnenminister Groener durch Hauptmann Goering überreicht werden.

Nazis beschweren sich

BS. Berlin, 18. März 1932.

Seitens der NSDAP in Berlin ist am Freitag beim Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte Beschwerde über die polizeiliche Beschlagnahmung von Akten bei den Haussuchungen in den nationalsozialistischen Geschäftsstellen eingelegt und der Antrag auf richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit dieser polizeilichen Maßnahme gestellt worden. Der Vernehmungsrichter hat diesen Antrag zunächst der Staatsanwaltschaft I zur Stellungnahme zugeleitet. Wie wir hören, steht man bei der Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, daß es sich in diesem Falle nicht um Beschlagnahmungen im Sinne der §§ 94 und 98 der Strafprozeßordnung (Sicherstellung von Beweismitteln für eine Untersuchung) handelt, zumal bisher noch kein Strafverfahren in dieser Sache schwebt. Diese Beschlagnahmungen seien vielmehr als polizeiliche Präventivmaßnahmen aufzufassen, für die der Richter überhaupt nicht zuständig sei. Die Beschwerde sei vielmehr an die dem Berliner Polizeipräsidenten übergeordnete Stelle zu richten. Eine endgültige Entscheidung des Vernehmungsrichters liegt aber bisher noch nicht vor.

Anerkennung der Sowjetunion durch USA?

TU. Moskau (über Kowno), 17. März 1932.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion läßt sich aus Washington melden, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen habe, ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion zu ändern und die Regierung de jure anzuerkennen. Die Hindernisse der Anerkennung lagen bisher in der Befürchtung einer kommunistischen Gefahr für die USA. Andere Fragen — wie z. B. die Anerkennung der Schulden des ehemaligen russischen Kaiserreiches und der provisorischen Regierung von 1917 durch die Sowjetunion spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Sobald die amerikanische Regierung die Anerkennung ausspricht, soll eine Kommission nach Moskau entsandt werden, um einen neuen Handelsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen.

*

Beim Geschäft gibts bekanntlich keine „Moral". Und USA macht ganz gern gute Geschäfte mit Rußland. Außerdem steckt es in einer bösen Krise. Trotzdem muß die Richtigkeit der Nachricht noch bezweifelt werden. Es wäre ein sehr plötzlicher Umschwung der „öffentlichen Meinung", eine plötzlich veränderte Taktik der Macher solcher Stimmungen. Möglich schon, für den Moment aber nicht sehr wahrscheinlich, zumal man Geschäfte auch ohne offizielle Anerkennung machen kann und im Kreditgeben man recht vorsichtig geworden ist.

Abbruch des polnischen Bergarbeiterstreiks

Warschau, 17. März 1932

Die Delegierten des Zentralverbandes der polnischen Bergarbeiter, der die Streikbewegung im Dombrowaer Revier leitete, faßten heute in einer Konferenz den Beschluß, den Streik mit dem heutigen Tage abzubrechen.

Französisch-spanische Verständigung

TU. Genf, 17. März 1932.

Von französischer Seite wird eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, nach der zwischen dem Ministerpräsidenten Tardieu und dem spanischen Außenminister Zulueda auf Grund mehrfacher Unterredungen nunmehr vereinbart worden ist, in kürzester Frist die Gegensätze wirtschaftlicher Art, die sich aus der Krise zwischen den beiden Ländern ergeben haben, endgültig zu regeln. Ferner ist vereinbart worden, daß eine völlige Einigung in freundschaftlichem Geiste über die noch zwischen den beiden Republiken schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen angestrebt werden soll.

Diese Mitteilung von französischer Seite wird allgemein als die Ankündigung der bevorstehenden Einigung zwischen Frankreich und Spanien in den seit langem schwebenden Marokkofragen angesehen.

Polens Antwort auf den Obertarif

Warschau, 18. März 1932.

„Expreß Poranny" meldet, daß im Handelsministerium der Entwurf einer Verordnung über die Anwendung von Maximalzöllen gegenüber deutschen Waren ausgearbeitet wird. Diese Verordnung soll für den Fall in Kraft treten, daß deutsche Zölle auf polnische Waren gelegt würden.

Tschechoslowakische Handelsbilanz passiv. Die tschechoslowakische Außenhandelsbilanz wies im Februar d. J. ein Passivum von 41,4 Millionen Kronen auf, während sie im Februar 1931 ein Aktivum von 157,8 Millionen Kronen hatte. Das Passivum der tschechoslowakischen Handelsbilanz in den ersten beiden Monaten dieses Jahres beträgt 173,6 Millionen Kronen.

Beilage zur SAZ

Nr. 68. Jahrg. 1932.
Sonnabend, 19. März 1932

Der tolle März

Revolutionstage in Paris, Berlin und Wien / Geschildert von Fritz Rück

7. Fortsetzung

Barrikadenkämpfe in Berlin

Am 22. Mai 1815 hatte der Hohenzollernkönig Friedrich Wilhelm der Dritte von Wien aus seinem Volke versprochen, es solle eine „Repräsentation des Volkes" gebildet werden. Am 12. April 1847 erklärte sein Nachfolger Friedrich Wilhelm der Vierte bei der Eröffnung des Vereinigten Landtages der Provinzialstände, daß keine Macht der Erde ihn je bewegen werde, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu verwandeln. Er verwahrte sich dagegen, daß „sich zwischen unsern Herren Gott im Himmel und dieses Land gleichsam eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit ihren Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen." Wie es den Hohenzollern im Blute lag, nahm der reaktionäre Romantiker auf dem Throne den Mund ein wenig zu voll. Als er ein Jahr später der revolutionären Bewegung gegenüberstand, schwankte er wie ein haltloses Rohr im Winde zwischen reaktionärer Brutalität und angstvoller Nachgiebigkeit hin und her. In einem lichten Augenblick sagte er mehrere Jahre später, als die Reaktion längst wieder im Sattel saß, in bezug auf den März 1848:

„Damals lagen wir alle auf dem Bauche."

Eine wahrhaft königliche Haltung, die dem größenwahnsinnigen Gottesgnadentum der Hohenzollern voll und ganz entsprach.

Ein vielgesungenes Lied der revolutionären Jugend der damaligen Zeit war das Heckerlied, nach dem badischen Revolutionär Hecker genannt, dessen erste Strophe lautet:

„Dreiunddreißig Jahre währt die Knechtschaft schon!"

Bei dem seit Jahren aufgehäuften Brennstoff in Deutschland und besonders in Berlin bedurfte es bloß eines äußeren Anstoßes, um eine revolutionäre Bewegung auszulösen, die zwar in ihrem ganzen Verlauf von der Furcht des Bürgertums vor dem proletarischen Bundesgenossen gehemmt wurde, von dem Willen der liberalen Schwätzer, vor jeder Aufrollung sozialer Klassenfragen sich unter die Fittiche der reaktionären Militärbefehlshaber zu flüchten, die aber doch die handelnden Personen und Parteien in aller Oeffentlichkeit demaskierten und dem herrschenden absolutistischen Regierungssystem einen tödlichen Stoß versetzte.

Die ersten Barrikaden gegen den König von Preußen

Die Nachrichten über die revolutionären Kämpfe in Paris und Wien brachten zunächst die süddeutschen Staaten in Bewegung, die Throne und Thrönchen begannen zu wackeln, und eine ganze Anzahl dieser deutschen Landesväter vermochte nur durch Erneuerung liberaler Reformministerien und Zugeständnisse an das Volk sich am Ruder zu halten.

Die Stimmung, die in diesen Tagen in bürgerlichen Kreisen herrschte, vor allem bei der studierenden Jugend, die mit der Arbeiterschaft zusammen die Kampfkolonnen der revolutionären Bewegung stellte, beschreibt der Theologe Professor Beyschlag in seinen Erinnerungen: „Mich überfielen die Ereignisse wie mit elementarer Gewalt, gleich einem über uns stehenden Wetter mit Blitz und Donner, Schlag auf Schlag. Noch erinnere ich mich des Ungeheuren dieses Eindrucks. Wenn ich in jenen Februar- und Märztagen durch die Straßen ging, dann kam es mir verwunderlich vor, daß die alten Häuser noch standen, während rings die Welt einzustürzen schien, und wenn ich dann weiter der Pracht des Frühlings begegnete, die sich in jenem Jahr so schön entfaltete wie je, so berührte mich eigen, daß die Natur ihren Gesetzen so unverwirrt treu blieb, indes die Menschenwelt aus den Fugen gegangen war."

Aufruhr in der Arbeiterschaft

Weniger poetisch wirkte der Ausbruch der Revolution auf die arbeitenden Schichten, die aus dem Elend und Hunger der Zeit nach einem Ausweg suchten. Die Arbeiterbewegung steckte noch in den Windeln, es gab ja kein Vereins- und Versammlungsrecht, die Zensur unterdrückte jedes oppositionelle Wort, spontan und unorganisiert machte sich da und dort der Widerstand gegen die politische Unterdrückung und soziale Aussaugung bemerkbar. Die europäische Wirtschaftskrise hatte auch in Berlin zur Stilllegung von Betrieben geführt, der Kartoffelkrieg des Hungerjahres 1847 war noch in lebendiger Erinnerung.

Die Arbeiter begrüßten die revolutionäre Bewegung in Paris und Wien als Beginn des Kampfes gegen den Absolutismus, aber den klarsten Köpfen des Proletariats war es bereits klar geworden, daß darüber hinaus die Arbeiterschaft ihre besonderen Klasseninteressen zu vertreten hat. Trotzdem trat die Arbeiterschaft in der Revolution von 1848, wenigstens in Deutschland, noch fast vollständig im Schlepptau des radikalen bürgerlichen Liberalismus auf, für sie galten die Worte von Karl Marx: „Die Bewegung der Arbeiterklasse ist niemals selbständig und von ausschließlich proletarischem Charakter, ehe nicht alle die verschiedenen Teile der Bourgeoisie und besonders ihr fortschrittlichster Teil, die Industriellen, die politische Macht erobert und den Staat nach ihren Bedürfnissen umgestaltet haben."

(Weitere Artikel folgen.)

Landarbeitermädchen vor Gericht

Proletarierschicksal

Klassenjustiz — Klassenmord

Vor dem Berliner Landgericht I fand am letzten Sonnabend unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weigert ein bezeichnender Prozeß statt. Ein Landmädchen, 22 Jahre alt, Tochter eines Landarbeiters, der Vater von sieben Kindern ist. Milieu: die herrschende Klasse Hinterpommerns.

Eine Bekanntschaft. Der erste geschlechtliche Verkehr. Schwangerschaft. Der Bekannte, ein Jugendfreund, schüttelt die Sache von sich ab, verlobt sich mit einem anderen Mädchen. In Ordnung, nach der Moral der herrschenden Klasse. Das Mädchen bleibt als Opfer zurück. Eine ältere Schwester von ihr hat ein uneheliches Kind. Sie kennt die Leiden der unehelichen Mutterschaft in Hinterpommern, Schande, Angst. Alles tun, nur nicht hier bleiben, nur nicht das.

Sie läßt ihre Stellung im Stich, flieht nach Berlin, in die große fremde Stadt. Eine Tante besorgt ihr eine Stellung, die das Mädchen im siebenten Monat seiner Schwangerschaft antritt. Trotz ihrem Zustand besorgt sie die schwere Hausarbeit bis zuletzt, bis zum Tage der Entbindung. Sie wird von allen ihren früheren Dienstherren als fleißig, geschickt, besonders aber als außerordentlich — kinderlieb bezeichnet. Niemand bemerkt ihren Zustand. Niemandem offenbart sie sich. Als sie endlich von ihrer „Herrschaft" über ihren Zustand befragt wird, streitet sie ihn ab.

Heiligabend, Bescherung. In der Nacht stellen sich die Wehen ein. Kein Schmerzenslaut. Niemand soll etwas merken. Der Schmerz wird verbissen. Zwischen vier und fünf schenkt sie einem Kinde das Leben. Sie nimmt ihr Taschentuch, legt über es eine Schnur und erdrosselt damit das Kindchen. Dann wickelt sie es in ihre Schürze und tut das Paket in ihren Kleiderschrank. Am gleichen Tage noch macht sie schon wieder grobe Hausarbeit um 8 Uhr früh. Am ersten Feiertag hat sie Ausgang, fährt zu ihrer Tante. Dort schläft sie erschöpft am Radio ein.

Die „Gnädige" schnüffelt am Kleiderschrank ihres Mädchens. Ihr sind einmal von der Angeklagten ein Küchenmesser und zwei Ansichtspostkarten „gestohlen" worden. Ein derartig kapitaler Fall könnte sich doch wiederholen. Darum Haussuchung im Mädchenzimmer. Der Kleiderschrank wird geöffnet und dabei der grausige Fund zutage gefördert. Natürlich Anzeige. Verhaftung. Untersuchungsgefängnis. Gerichtsverhandlung.

Der Herr Staatsanwalt verkündet mit Pathos: Die Stellung der unehelichen Mutter und des unehelichen Kindes haben sich grundsätzlich verändert, auch die Moralbegriffe haben sich zugunsten der unehelichen Mutter verschoben, das habe die Angeklagte „zweifellos" gewußt, und dieser Umstand müsse strafverschärfend gewertet werden! Ein bitterer Hohn auf das unglückliche Mädchen auf der Anklagebank. Der Herr Staatsanwalt, der so rührende Worte für unsere fürsorgende gesellschaftliche Ordnung findet, sollte diese ein klein wenig studieren. Wie wäre es mit einem Semester Familienrecht über die Stellung der unehelichen Mutter in unserer freien Republik? Sie könnten noch viel lernen, Herr Staatsanwalt.

Das Gericht geht über die Mindeststrafe von zwei Jahren Gefängnis noch hinaus: zwei Jahre drei Monate Gefängnis! Warum? Weil das Gericht sich Fälle denken kann, die „noch milder" zu beurteilen seien. Bewährungsfrist. Aber ein vernichtetes Menschenleben verbeißt auch jetzt seinen Schmerz auf der Anklagebank. Opfer einer Klassenmoral — Opfer einer Klassenjustiz. — Mit Gefängnis zurück nach Hinterpommern — das ist ein Urteil, welches schwerer wiegt als Gefängnis. Ein Berg von Unrecht türmt sich auf.

Eisenbahnschneepflug überfährt einen Schlitten

Königsberg, 18. März 1932

Auf einem nicht mit Schranken versehenen Ueberweg der Bahnstrecke Szittkehmen—Goldap nahe beim Bahnhof Szittkehmen wurde ein einspänniger Schlitten durch einen Schneepflug der Reichsbahn überfahren. Dabei wurde der 50jährige Besitzer Trakat aus Skaisgirren getötet und sein Sohn so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb. Die beiden Verunglückten hatten während der Fahrt ihre Pelzkragen hochgeschlagen und so offenbar die Warnsignale der Lokomotive überhört.

Der Brand bei Dapolin

Stettin, 18. März 1932

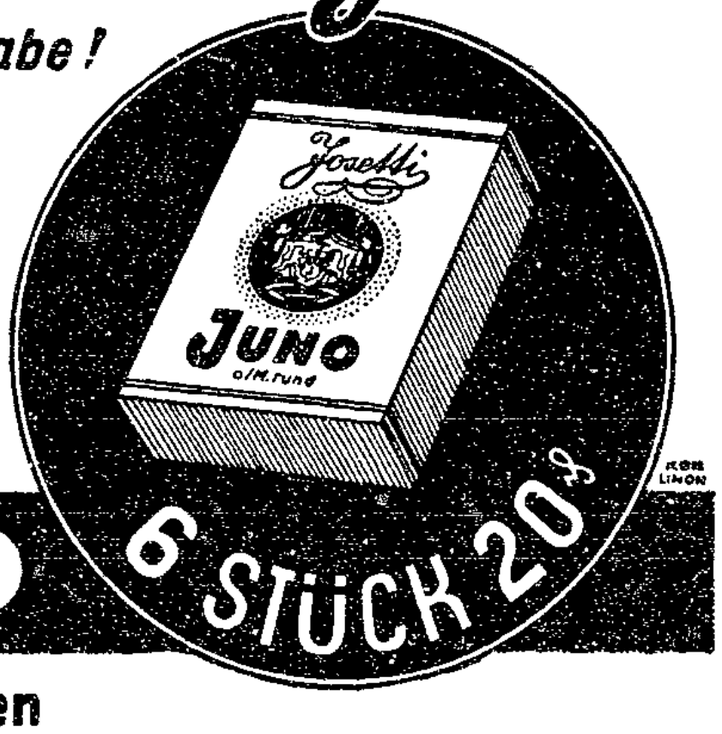
Zu dem bereits gemeldeten Großfeuer bei der Dapolin-Gesellschaft wird noch mitgeteilt, daß durch den Brand rund 1000 Fässer Schmieröl vernichtet worden sind, die in einem etwa 25 Meter tiefen und über 50 Meter langen Schuppen untergebracht waren. Das Feuer konnte erst nach mehrstündiger Arbeit der Wehren gelöscht werden. Große Dienste hat bei der Bekämpfung des Brandes ein Feuerlöschboot geleistet, mit dessen Hilfe über 20 Schlauchleitungen gelegt werden konnten. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Im Tabak liegt der Wert einer Cigarette!

Nicht in irgendeiner beliebigen Zugabe!

Die knappe mit Bruchteilen eines Pfennigs rechnende Kalkulation der Juno erlaubt keinerlei Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, es müßte denn eine Minderung der Qualität erfolgen.

Josetti lehnt eine Änderung der anerkannt guten Tabakmischung ihrer



Juno

ab und bietet nach wie vor den vollen ungeschmälerten Tabakwert, also das, was Sie an ihr seit langen Jahren schätzen.

Das Urbild des Rätesystems

Zum Gedächtnis der Pariser Kommune / Von Karl Marx

Die Erinnerung an die Pariser Kommune, die erste — wenn auch unvollkommene — proletarische Herrschaftsform, muß gerade in der Gegenwart zur Aktivierung der deutschen Arbeiterklasse benutzt werden. Wir bringen hier einige Abschnitte aus Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich". Marx zeigt hier der deutschen Arbeiterklasse den einzigen Weg zum Sozialismus: die revolutionäre Rätediktatur der Arbeiterklasse!

„Es lebe die Kommune!"

Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donnerruf: „Es lebe die Kommune!" Was ist die Kommune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt?

„Die Proletarier von Paris", sagte das Zentralkomitee in seinem Manifest vom 18. März, „inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen dadurch,

daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen . . .

Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschicke zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen." — Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.

Der bürgerliche Staat

Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaukratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit — stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwicklung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt, grundherrliche und Adelsvorrechte, Lokalprivilegien, städtische und Zunftmonopole und Provinzialverfassungen. Der riesige Besen der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts fegte alle diese Trümmer vergangener Zeiten weg und reinigte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Ueberbau des modernen Staatsgebäudes im Wege gestanden. Dies moderne Staatsgebäude erhob sich unter dem ersten Kaisertum, das selbst wieder erzeugt worden war durch die Koalitionskriege des alten halbfeudalen Europas gegen das moderne Frankreich. Während der nachfolgenden Herrschaftsformen wurde die Regierung unter parlamentarische Kontrolle gestellt, d. h. unter die direkte Kontrolle der besitzenden Klassen. Einerseits entwickelte sich sich jetzt zu einem Treibhaus für kolossale Staatsschulden und erdrückende Steuern und wurde vermöge der unwiderstehlichen Anziehungskraft ihre Amtsgewalt, ihrer Einkünfte und ihrer Stellenvergebung der Zankapfel für die konkurrierenden Fraktionen und Abenteurer der herrschenden Klassen, — andererseits änderte sich ihr politischer Charakter gleichzeitig mit den ökonomischen Veränderungen der Gesellschaft. In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht

mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft.

Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor. Die Revolution von 1830 übertrug die Regierung von den Grundbesitzern auf die Kapitalisten und damit von den entfernteren auf die direkteren Gegner der Arbeiter. Die Bourgeoisrepublikaner, die im Namen der Februarrevolution das Staatsruder ergriffen, gebrauchten es zur Herbeiführung der Junischlächterei, um der Arbeiterklasse zu beweisen,

daß die „soziale Republik weiter nichts bedeute, als ihre soziale Unterdrückung durch die Republik;

und um der königlich gesinnten Masse der Bourgeois und Grundbesitzer zu beweisen, daß sie die Sorgen und die Geldvorteile der Regierung ruhig den Bourgeoisrepublikanern überlassen könnten. Nach dieser ihrer einzigen Heldentat vom Juni blieb den Bourgeoisrepublikanern jedoch nur übrig, zurückzutreten aus dem ersten Glied ins letzte Glied der „Ordnungspartei" — einer Koalition, gebildet aus allen konkurrierenden Fraktionen und Fraktiönchen der aneignenden Klassen in ihrem jetzt offen erklärten Gegensatz zu den hervorbringenden Klassen.

Die kapitalistische Republik

Die angemessene Form ihrer Gesamtregierung war die parlamentarische Republik mit Louis Bonaparte als Präsidenten; eine Regierung des unverhohlenen Klassenterrorismus und der absichtlichen Beleidigung der „vile multitude" (der schoflen Menge). Wenn, wie Thiers sagte, die parlamentarische Republik die Staatsform war, die die Fraktionen der herrschenden Klasse am wenigsten trennte, so eröffnete sie dagegen einen Abgrund zwischen dieser Klasse und dem ganzen, außerhalb ihrer dünngesäten Reihen lebenden Gesellschaftskörper. Die Schranken, die, unter früheren Regierungen, die inneren Spaltungen jener Klasse der Staatsmacht noch auferlegt hatten, waren durch ihre Vereinigung jetzt gefallen. Angesichts der drohenden Erhebung des Proletariats benutzte die vereinigte besitzende Klasse jetzt die Staatsmacht rücksichtslos und frech als das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit. Aber ihr ununterbrochener Kreuzzug gegen die produzierenden Massen zwang sie nicht nur, die vollziehende Gewalt mit stets wachsender Unterdrückungsmacht auszustatten; er zwang sie auch, ihre eigene parlamentarische Zwingburg — die Nationalversammlung — nach und nach aller Verteidigungsmittel gegen die vollziehende Gewalt zu entblößen.

Die vollziehende Gewalt, in der Person des Louis Bonaparte, setzte sie vor die Tür. Der leibliche Nachkomme der Republik der „Ordnungspartei" war das zweite Kaisertum.

Das Kaisertum

Das Kaisertum, mit dem Staatsstreich als Geburtsschein, dem allgemeinen Stimmrecht als Beglaubigung, und dem Säbel als Szepter, gab vor, sich auf die Bauern zu stützen, auf jene große Masse der Produzenten, die nicht unmittelbar in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit verwickelt waren. Es gab vor, die Arbeiterklasse zu retten, indem es den Parlamentarismus brach und mit ihm die unverhüllte Unterwürfigkeit der Regierung unter die besitzenden Klassen. Es gab vor, die besitzenden Klassen zu retten durch Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Hoheit über die Arbeiterklasse; und schließlich gab es vor, alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelebung des Trugbildes des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. Die ganze Welt jauchzte ihm zu als dem Retter der Gesellschaft. . Unter seiner Herrschaft erreichte die Bourgeoisiegesellschaft, aller politischen Sorgen enthoben, eine von ihr selbst nie geahnte Entwicklung. Ihre Industrie, ihr Handel dehnten sich zu unermeßlichen Verhältnissen aus; der Finanzschwindel feierte kosmopolitische Orgien; das Elend der Massen hob sich grell ab gegenüber dem schamlosen Prunk eines gleißenden, überladenen und schuftigriechenden Luxus. Die Staatsmacht, scheinbar hoch über der Gesellschaft schwebend, war dennoch selbst der skandalöseste Skandal dieser Gesellschaft und gleichzeitig die Brutstätte aller ihrer Fäulnis. Ihre eigene Verrottung und die Verrottung der von ihr geretteten Gesellschaft wurde bloßgelegt durch die Bajonette Preußens, das selbst vor Begierde brannte, den Schwerpunkt dieses Regimes von Paris nach Berlin zu verlegen. Der Imperialismus ist die prostituierteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war, als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus, und die die vollentwickelte Bourgeoisgesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Kapital.

Was bedeutet die Kommune?

Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik,

die nicht die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik.

Die Kommune bildet sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse

Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit

Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Aemter hörten auf das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Gegen die Kirchen

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus,

das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen;

sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von den Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volke unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Richter absetzbar!

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinanderfolgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

Kommune – Organisationsform auch des Dorfes

Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heiß es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sei, und daß das stehende Heer auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirks sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden.

Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung;

sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war.

Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen. Und es ist bekannt genug, daß Gesellschaften ebensogut wie einzelne in wirklichen Geschäftssachen gewöhnlich den rechten Mann zu finden und falls sie sich einmal täuschen, dies bald wieder gutzumachen wissen. Andererseits aber konnte nichts dem Geist der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen.

Diktatur des Proletariats

Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies:

sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung. Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit die Klassenherrschaft ruht. Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein.

Es ist eine eigentümliche Tatsache: Trotz all des großen Geredes und der unermeßlichen Literatur der letzten 60 Jahre über Emanzipation der Arbeiter — kaum nehmen die Arbeiter irgendwo die Sache in ihre eigenen Hände, so ertönen auch sofort wieder die apologetischen Redensarten der Fürsprecher der jetzigen Gesellschaft mit ihren beiden Polen: Kapital und Lohnsklaverei (der Grundbesitzer ist jetzt nur noch der stille Gesellschafter des Kapitalisten), als lebte die kapitalistische Gesellschaft noch im Stande reinster jungfräulicher Unschuld, alle ihre Grundsätze noch unentwickelt, alle ihre Selbsttäuschungen noch unenthüllt, alle ihre prostituierte Wirklichkeit noch nicht bloßgelegt! Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation abschaffen! Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseneigentum abschaffen, das die Arbeit der Vielen in den Reichtum der Wenigen verwandelt.

Sie beabsichtige die Enteignung der Enteigner.

Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt.

Das Ziel: Kommunismus

Aber dies ist der Kommunismus, der „unmögliche" Kommunismus! Nun, diejenigen Leute aus den herrschenden Klassen, die verständig genug sind, die Unmöglichkeit der Fortdauer des jetzigen Systems einzusehen — und deren gibt es viele —, haben sich zu zudringlichen und großmäuligen Aposteln der genossenschaftlichen Produktion ausgeworfen. Wenn aber die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen soll — was wäre das anderes, meine Herren, als der Kommunismus, der „mögliche" Kommunismus?

Arbeiter-Groschen gegen Banktresors!

Tausend Arbeiter-Groschen auf den Sammel-Listen der SAP schlagen den Scheck eines Ausbeuters!

Frankfurt a. M.

Was die „Volksstimme" nicht versteht. Am Tage der Präsidentenwahl stellten sich unsere Schutzbundgenossen zum Schutz der Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft, unter anderem auch der „Volksstimme", zur Verfügung. Die „Volksstimme" kann das nicht begreifen. Sie meint, damit würde sich die SAP in Gegensatz zu ihrem Eintreten für Thälmann stellen. Nun, wenn es irgendwo zu einem offenen Angriff der Faschisten auf Institutionen der Arbeiterschaft kommt, fragen wir nicht erst, ob die betreffende Einrichtung der KPD oder der SPD gehöre. In diesem Moment haben alle taktischen Differenzen in den Hintergrund zu treten. Das steht durchaus nicht im Widerspruch mit unserem Bestreben, die Arbeiterschaft auf der Basis des revolutionären Klassenkampfes zu einigen, ist vielmehr nur eine Konsequenz dieser Auffassung.

Die Jugendweihe der Freidenker ist Sonntag, den 20. März, im Volksbildungsheim, vormittags 10 Uhr. Eintritt 0.30 Mark. Es wird erwartet, daß sich die Arbeiterschaft zahlreich an dieser Veranstaltung beteiligt. Es wirken mit: Tonkünstlerbund, Volkschor Sängerkreis sowie Kinderchor des Volkschor Sängerkreis. Eintrittskarten bei den Funktionären und im neuen Gewerkschaftshaus.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten protestiert gegen die Notverordnungspolitik. In einer Funktionärkonferenz der Kriegsbeschädigten, Gau Hessen-Nassau und des Freistaates Hessen, wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 13. März in Frankfurt a. M. versammelten Funktionäre der Gaue Nassau und Hessen-Freistaat des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen bringen im Namen einer halben Million Mitglieder die Entrüstung und den schärfsten Protest gegen die Notverordnungspolitik gegenüber den Kriegsopfern zum Ausdruck. Die Funktionäre wenden sich insbesondere gegen die drakonischen Anrechnungsbestimmungen bei den Sozialrenten, die den Grundsatz von Recht, Leistung und Gegenleistung vollständig durchbrechen.

Eine grauenhafte Familientragödie hatte vor dem Gericht ein Nachspiel. Der Kaufmann Heinrich Lenz hatte seine beiden Söhnchen und sich selbst mit Lysol vergiftet. Er zwang die Kinder mit Gewalt, die unheilbringende Flüssigkeit zu nehmen. Man schaffte alle drei ins Heiliggeist-Hospital. Aerztliche Kunst erhielt sie am Leben. Heinrich Lang bat die Aerzte, ihn sterben zu lassen. — Wie kam Lang zu dieser fürchterlichen Tat? Er hat im Leben viel Pech gehabt, ebensowohl im Beruf wie im Eheleben. Er war in den letzten Jahren oft arbeitslos. Zuletzt war er Inhaber eines kleinen Zigarrengeschäftes, das pro Monat 130 Mark einbrachte, aber 100 Mark monatlicher Ausgaben erheischte. Seine Ehe wurde durch diese Umstände völlig zerrüttet. Seine Frau verließ ihn mit den Kindern. Lang, der nach ärztlichem Gutachten ein Psychopath ist, verlor nun jede Hemmung. Als er eines Tages die Kinder auf der Straße sah, brachte er sie in seine Wohnung und versuchte, mit ihnen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. — Das Gericht verurteilte Lang wegen versuchten Totschlags zu 14 Monaten Gefängnis. Nach sechs Monaten soll er eine dreijährige Bewährungsfrist erhalten.

Düsseldorf

In der Stadtratssitzung wurden Verkäufe der städtischen Hausgrundstücke in der Brendamourstraße, Bonner Straße, Pfalzstraße und Tiergartenstraße gegen die Stimmen der SPD und KPD beschlossen. Die Verwaltung braucht dringend Geld und man muß nun wertvollen Hausbesitz verkaufen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Bier-, Getränke- und Vergnügungssteuer. Die Biersteuer wurde gegen die Stimmen der KPD und des Wirtschaftsbundes beschlossen. Die Getränkesteuer wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der SPD abgelehnt. Vom Oberbürgermeister wird dieser Beschluß beanstandet. Die Vergnügungssteuer wurde gegen KPD und Wirtschaftsbund beschlossen. Eine eigenartige Begründung gab Sangs (SPD) für die Zustimmung seiner Fraktion zur Biersteuer: „Wenn wir nicht zustimmen, wird der Regierungspräsident doch die Einführung der Biersteuer bestimmen." Es wurden außerdem noch einige kleinere Vorlagen erledigt.

Ein unmögliches Urteil. Hier wurden 12 Arbeiter dem Schnellrichter unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Lippschütz vorgeführt, weil sie am Wahlsonntag ein Flugblatt verbreitet hatten, das sich mit den Mordüberfällen der Nazis in Hückeswagen am Sonntag befaßte. Das Flugblatt, das zum Protest gegen die Mordtat der Hakenkreuzbanden in Hückeswagen aufrief, war der Polizei nicht vorgelegt. Die angeklagten Arbeiter wurden zu einem Monat und mehr Gefängnis verurteilt und sofort im Gerichtssaal verhaftet. Bedenkt man die große Erregung, die durch die Mordtat in Hückeswagen hervorgerufen wurde, so ist dieses Urteil unverständlich.

Apollotheater: „Zwei Herzen und ein Schlag". Blühender Unsinn. Es wird nachgerade unerträglich, was dem Kinopublikum geboten wird. Bei der Vorführung dieses Films möchte man am liebsten aufstehn und laut dagegen protestieren, daß man es wagt, uns das vorzusetzen. Es ist unverständlich, daß es noch immer Menschen gibt, die durch den Besuch solcher Filmvorführungen mit dazu beitragen, den Herstellern dieser Kitschfilme die Taschen zu füllen. Aber: es werden von Vorstellung zu Vorstellung weniger. Und mögen die Theaterbesitzer auch noch so die Eintrittspreise heruntersetzen, sie können diesen Kitsch bald vor leeren Bänken spielen. Und das ist gut so. — Im Varietéteil ragt die spanische Revue Toros hervor, eine Truppe Spanier und Spanierinnen, die Nationaltänze zeigen.

Vormarsch im Norden

Der Bezirk Norden der SAP hat in den verflossenen Wochen eine rührige Organisations- und Agitationstätigkeit entfaltet. Die Schwierigkeiten für ein Vordringen sind hier ganz besonderer Art. Trotzdem haben wir besonders befriedigende Erfolge zu verzeichnen.

Wie aus dem Wahlresultat bei der Reichspräsidentenwahl ersichtlich ist, steht vor allem Schleswig-Holstein in außergewöhnlicher Weise unter nationalsozialistischem Terror. In vielen Orten errangen die Nazis die absolute Mehrheit. Der Reformismus ist in diesem Landstrich völlig mit Blindheit geschlagen. Die Sozialdemokratie hat hier mit Sozialismus besonders wenig gemein. Sie ist sich aber auch der überzeugenden Einwirkung klassenkämpferischer Gedankengänge auf ihre Anhänger bewußt, und daher vermeidet sie es, in die Gefahrenzone der geistigen Auseinandersetzungen zu kommen. Da es zweifelhaft ist, ob sich die SPD-Arbeiter zur Versammlungssprengung mißbrauchen lassen, fordert die SPD allerorts zum Boykott unserer Versammlungen auf. Sie kommandiert zwar eine Gruppe absolut zuverlässiger Horchposten und abgestempelter Berichterstatter ab, aber die ziehen meistens sehr nachdenklich gestimmt von dannen.

Unerhört verantwortungslos treten als Saboteure der Einheitsfront überall die Kommunisten auf. Die Mitglieder der KPD sind über das verräterische Treiben ihrer Führer zum großen Teil entsetzt. Die Niedergeschlagenheit und Verwirrung unter den kommunistischen Arbeitern ist daher so groß, daß sie nur mit geringer Siegeszuversicht in den Wahlkampf gezogen sind. Es ist daher kein Zufall, daß die Kommunisten gerade in ihren nördlichen Hochburgen die empfindlichsten Niederlagen erlitten haben. Sie werden daraus keine Lehren ziehen.

Die Lehre für uns ist: langsames, zielsicheres Fortschreiten, hoffnungsvolle Stärkung unserer bereits bestehenden Organisation und Gründung neuer Ortsvereine.

★

In der Zwischenzeit hat eine sehr arbeitsreiche Bezirkskonferenz sehr wichtige Vorbereitungen für die Kämpfe der kommenden Wochen getroffen.

Im einzelnen hielten wir folgende Versammlungen ab:

Hamburg

Zwei öffentliche Stadtteilversammlungen. In Barmbeck sprach bei gutem Besuch Genosse Weckerle, in Eilbeck Genosse Busch. Kommunistische Diskussionsredner waren ihnen nicht gewachsen.

Harburg

In öffentlicher Versammlung, deren Besuch durch die gleichzeitige Veranstaltung von Kundgebungen der anderen Parteien litt, sprach Genosse H. Stahmer.

Elmshorn

Genossin Düby gestaltete ihre gut besuchte öffentliche Versammlung zu einem vollen Erfolg.

Flensburg und Neumünster

Beide Orte stellten in öffentlicher Versammlung die Genossin Düby heraus. Es bedarf keines weiteren Hinweises, daß auch diese Versammlungen Ansehen und künftige Erfolgsgrundlagen unserer Organisation in stärkstem Maße gefördert haben.

Kiel

Unsere Organisation erfreut sich einer besonders guten inneren Festigkeit. In der ersten Mitgliederversammlung mit geladenen Gästen sprach W. Elsner. Der Besuch war gut. In der öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshaus sprach der Gen. Portune. Trotzdem die „Eiserne Front" kniff, war der Eindruck der Versammlung nachhaltig. Unsere Kieler Genossen können mit dem Erfolg zufrieden sein.

Elmschenhagen bei Kiel

Genosse W. Elsner sprach mit Erfolg in der Gründungsversammlung. Ein SPD.-Redakteur und ein KPD-Redner nutzten ihre unbeschränkte Redezeit weidlich aus. Sie wurden im Schlußwort gründlich widerlegt. Unsere junge Ortsgruppe dürfte sich bald neue Freunde erworben haben.

Altona

Unsere öffentliche Gründungsversammlung wurde von der „Eisernen Front" unter schärfsten Boykott gestellt. Die Kommunisten waren zahlreich vertreten. In sachlichster und wirksamster Weise setzte sich Genosse Portune mit ihnen auseinander.

Itzehoe

Wir hielten unsere öffentliche Gründungsversammlung im Stadttheater ab. Dem SPD-Sekretär Fritz Hansen war dieses Eindringen in seine Residenz besonders peinlich. Funktionärkonferenz und langer „Volkszeitungs"-Artikel verkündeten, daß Willi Elsner in Itzehoe keinen Erfolg haben dürfte. Die Wahrung des Boykotts unterlag der Parteidisziplin. Trotzdem die Versammlung für die Wahl Ernst Thälmanns einberufen war, unternahmen die Kommunisten einen Sprengversuch; er scheiterte jedoch, weil die Arbeiter, sichtlich unter dem Eindruck der Elsnerschen Ausführungen stehend, sich dem schamlosen Treiben der kommunistischen Führung versagten.

Erfolg auch im übrigen Land

Frankfurt am Main

Genosse Klaus Zweiling, Berlin, sprach im vollbesetzten Saal des alten Gewerkschaftshauses. Ungefähr achthundert Personen waren anwesend. Seine Ausführungen fanden begeisterten Beifall. Fünfzehn Neuaufnahmen wurden noch am gleichen Abend gemacht.

Windecken (Kreis Hanau)

Nachdem hier fast die gesamte Ortsgruppe der SPD zur SAP übergetreten war, hielt diese eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Ohlhof, Mainz, ab, die ein voller Erfolg für die proletarische Sache wurde. Alle Vertreter der hiesigen Partei-, Gewerkschafts- und Kultur-Organisationen erklärten sich zur Schaffung der Einheitsfront bereit. Die SPD zog natürlich Sabotage vor. Samstag, 19. März, findet die erste Massenversammlung statt, in der Gelegenheit zur Einzeichnung in die Einheitsfrontlisten geboten wird.

Eppendorf

Unsere öffentliche Versammlung mit Genosse Lewy, Berlin, als Referenten war sehr gut besucht. In längeren Ausführungen wies Genosse Lewy nach, daß weder eiserne Front, noch KPD den Faschismus schlagen können, daß dazu nur ein geeintes, revolutionäres Proletariat in der Lage ist. An der Diskussion beteiligten sich SAP- und KPD-Genossen. Mehrere Neuaufnahmen konnten gemacht werden.

Gelsenkirchen

Die Niederlage der SPD. Der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hatte in Groß-Gelsenkirchen (die früheren Städte Gelsenkirchen, Buer und Horst) ein sehr aufschlußreiches Ergebnis. Im Stadtteil Buer verlor die Hindenburgfront fast 4000 Stimmen, etwa ⅔ der gesamten SPD-Stimmen. Diese der SPD verloren gegangenen Stimmen konnten restlos für die Thälmann-Kandidatur gewonnen werden. Thälmann bekam 4000 Stimmen mehr, als sonst die KPD erhielt. Dieser glänzende Erfolg ist das Werk der unermüdlichen und geschickten Arbeit unserer SAP-Ortsgruppe in Buer. — Anders liegen die Dinge in den Stadtteilen Gelsenkirchen und Horst. An diesen beiden Stellen verlor die Hindenburgfront fast 9000 Stimmen. Die 9000 proletarischen Stimmen sind aber auch für die Thälmann-Kandidatur verloren gegangen, denn Thälmann erreichte in beiden Stadtteilen (es handelt sich um Proletarierviertel mit insgesamt etwa 250 000 Einwohnern) nicht einmal die Stimmenzahl, die sonst die KPD hatte.

Hamburg

Aus der Bürgerschaft. Dittmann (KPD) brachte den feigen und brutalen Naziüberfall am Gesundbrunnen zur Sprache. Der Polizeiwachkreisleiter hat zur Untersuchung den Gauleiter der Nazis, v. Allwörden, herangezogen. Aus der Antwort der Polizeibehörde ging hervor, daß sie das Verhalten des Wachkreisleiters mißbilligt. — Es lag ein Antrag der Nazis auf Auflösung der Bürgerschaft vor. Dieser Antrag kommt in der nächsten Sitzung zur Verhandlung. Ueber den Staatshaushaltsplan für 1932 wurden, bestimmt durch die Aussicht auf die kommenden Wahlen, große parteipolitische Debatten geliefert. Podeyn (SPD) passierte dabei das Unglück, die Rechten an ein gewisses schwarzweißrotes Flugblatt zu erinnern. Karges (KPD) warf dazwischen: „Ihr und die Eiserne Front habt auch schwarzweißrote Flugblätter herausgegeben!" Großes Gelächter allerseits. Nazis und KPD hielten ein großes schwarzweißrotes Flugblatt hoch, das SPD-Unterschriften trägt. Bezeichnenderweise rief der SPD-Senator Eisenbarth dazu: „Jawohl, das hat auch seine Wirkung getan!!! — Das neue Bürgerschaftswahlgesetz wurde einstimmig angenommen.

Braunschweig

Eine Schulentlassungsfeier des SJV findet Montag, 21. März, 20 Uhr, im „Sächsischen Hof" statt. Genossen, besucht diese Veranstaltung eurer Jugend, beweist, daß ihr am Leben und Ergehen des SJV interessiert seid! Eintritt Erwachsene 30 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose 15 Pfg., Schulentlassene freier Eintritt.

Halle (Saale)

„Die Kommunisten die Sieger des 13. März." Mit diesem Thema sollte sich am 16. März eine öffentliche Versammlung der KPD in Halle beschäftigen. Man durfte immerhin gespannt sein, wie der Referent es fertig bringen wollte, aus einer Niederlage einen Sieg zu konstruieren. Im Saalkreis verlor die KPD 4000 und in Halle 2600 Stimmen. Die Neugierde wurde in dieser Versammlung nicht befriedigt. Die Massen kamen nicht, so daß die Versammlung aufgehoben werden mußte. Ein großes Blasorchester war aufgeboten worden und schmetterte seine Kampflieder in den leeren Saal. Es sollte etwas Großes werden, aber der ganze Aufwand ward nutzlos vertan.

Plauen

Die Nazis haben sich langsam von ihrer Enttäuschung, die über sie gekommen war, weil Hitler noch nicht Reichspräsident ist, erholt und reagieren die Mutlosigkeit ihrer Anhänger in Aufmärschen ab. Es ist wieder lebhafter Betrieb in der Nazi-Kaserne und auf den Straßen. Die nach dem Wahltage verschwundenen Hakenkreuz-Abzeichen sind wieder da, und jeden zweiten Tag marschieren die Jünger des Dritten Reiches in einer Stärke von 700 bis 800 Mann auf. Die sozialdemokratische „Volkszeitung" weiß gegenüber der nunmehr wieder ansteigenden faschistischen Welle kein anderes Mittel als den probaten Rat, alle Nazis „mit Katzendreck zu erschießen". Wir fürchten, die Enttäuschungen der Männer der Eisernen Front werden sich in der nächsten Zeit häufen.

Mit Listen für einen Bürgerschafts-Entscheid zur Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums laufen die Nazis von Haus zu Haus. Kein Arbeiter trägt sich ein, denn erstens handelt es sich bei diesem Bürgerentscheid um ein Manöver der Nazis und zweitens läuft die Amtszeit des jetzigen Stadtverordnetenkollegiums sowieso ab, bis es zur Neuwahl auf Grund des Bürgerentscheides käme.

Eine Vomag-Betriebs-A.-G. Die Auffang-Gesellschaft für die zahlungsunfähig gewordene Vogtländische Maschinenfabrik-A.-G. ist nunmehr gegründet worden. Sie führt den Firmentitel „Vomag-Betriebs-A.-G." und ist mit einem Grundkapital von 300 000 M. ausgestattet. Direktoren sind Gembicki-Leipzig und Köhler-Plauen.

Mylau

Volkshochschule. Nächsten Montag Punkt ½8 Uhr, Besichtigung der Goethe-Ausstellung in der Bibliothek. Treffpunkt: Stadthaus. Anschließend Lichtbildervortrag (100 Lichtbilder!) über Goethes Leben in der Heimschule (Herr Berufsschulleiter Popp). Jedermann willkommen!

Mylau-Netzschkau

Unsere Jugendweihe findet am Sonntag in der neu vorgerichteten Arbeiterturnhalle in Mylau statt. Der Geschäftsführer des Deutschen Freidenkerverbandes in Zwickau, Genosse Römer, hält die Weiherede. Punkt ½10 Uhr werden die Saaltüren geschlossen. Mitwirkende: die Gesangvereine „Lyra"-Netzschkau und „Edelweiß"-Mylau, das städtische Orchester Reichenbach und der Sozialistische Jugendverband Mylau-Netzschkau. Wir bitten die Arbeiterschaft um Unterstützung durch guten Besuch. — Sonntag nachmittag allgemeiner Ausflug nach der Retschauer Arbeiter-Turnhalle. Treffpunkt: 14 Uhr am Mylauer Berg.

Der Film „Zyankali" wird Dienstag, 22., und Mittwoch, 23. März im Capitol (Bayerischen Hof), in Netzschkau gezeigt. Träger der Veranstaltung ist die Sozialistische Arbeiterpartei. Karten im Vorverkauf für 40 Pf. bei den Unterkassierern der Partei und bei den Unterkassierern des Reichsverbandes für Geburtenregelung. Wir bitten die Arbeiterschaft von Netzschkau und Mylau, sich diesen Film anzusehen.

Reichenbach i. V.

Strompreis-Ermäßigung? Bei den Kleinabnehmern — Klasse B — wird die Grundgebühr erhöht (!) Wie sich dieser unerhörte „Preisabbau" auswirkt, dafür nur ein Beispiel: Bisher wurden gezahlt, außer dem Stromverbrauch Grundgebühr 75 Pf., jetzt muß dafür 1.20 M. bezahlt werden. Was sagen Sie zu diesem „Preisabbau", Herr Goerdeler?

Wilkau

Kommunale Notizen. Der Gemeinderat hat den Gemeindeverordneten den Entwurf des Haushaltplanes für das Rechnungsjahr 1932 zugestellt. Der Entwurf schließt — unter Zugrundelegung der bisherigen Steuern und Steuerzuschläge — mit einem Fehlbetrag von 155 075 Mark ab. In seinen Erläuterungen zum Etat führt der Gemeinderat u. a. aus: „Nur gesetzgeberische Maßnahmen — Uebernahme der Wohlfahrtserwerbslosenlasten auf das Reich oder entsprechend erhöhte Reichs- oder Landeszuschüsse — seien imstande, das notwendige Gleichgewicht des Etats herzustellen. Der Etat wird zur Zeit in den Gemeindeausschüssen beraten."

Niederhaßlau

Die Jugendweihe findet Sonntag vormittag im Volkshaus statt. Um 8,15 Uhr stellen sich alle Teilnehmer auf dem Sportplatz an der Schule. Abmarsch um 8,30 Uhr nach dem Volkshaus. Die Abendunterhaltung, an der auch der SJV mitwirkt, beginnt um 19 Uhr ebenfalls im Volkshaus.

Arbeiter, zieht die Konsequenzen! Betrachtet man die Stimmenzahl, welche zur Reichspräsidentenwahl für Hitler in unserem Orte abgegeben worden ist, so müssen wir feststellen, daß von den etwa 800 Nazistimmen mindestens 90 Prozent von den hiesigen Geschäftsleuten stammen. Die gesamte Arbeiterschaft muß also jetzt endlich konsequent handeln und sich der Konsumgenossenschaft anschließen. Jeder noch so radikale Wortkampf gegen den Faschismus wird zur Phrase, wenn man täglich seinen Todfeind finanziell unterstützt, ja ihm sogar erst das Leben ermöglicht.

Cainsdorf

Die Jugendweihe findet Sonntag, 20. März, im Turnerheim statt. Wir bitten die Einwohnerschaft, sich zahlreich einzufinden. Anfang 9,30 Uhr.

Aue

Jugendweihe. Sonntag, 20. März, vormittags 9½ Uhr, findet in der Aula der Oberrealschule unsere Jugendweihe statt. Der Besuch dieser Veranstaltung wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen empfohlen.

Meerane

Genosse Max Seydewitz spricht Montag, 21. März, im Volkshaus. Alle Nachbargruppen sind dazu eingeladen. Zeigt dem Gegner, daß auch in der Hochburg der SPD die SAP marschiert.

Sportschau der SAZ

Arbeiter helfen Arbeitern

Werbeschwimmfest des Schwimmvereins Möwe

Möwe, dem Veranstalter des Abendfestes, war ein voller Erfolg beschieden. Durch den guten Besuch, den das Fest hatte, ist es dem Verein möglich, den erwerbslosen Mitgliedern wieder einige Zeit das Baden zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen.

An diesem Abend vertraten nicht nur die Sportschwimmer den Verein, sondern alle führten ihre Kunst vor. Bei den Knaben und Mädchen löste besonders das Kartoffelschwimmen große Heiterkeit aus. Eine Sensation war natürlich die Männerkraulstaffel über 6×50 m zwischen Freie Schwimmer Groß-Berlin und Möwe, die Groß-Berlin knapp, aber sicher in 3,04,8 Min. gewinnen konnte. Stark applaudiert wurde auch das von 16 Mädchenmitgliedern ausgeführte Figurenliegen. Im Wasserballspiel standen sich die 1. Mannschaften von Groß-Berlin und Möwe gegenüber. Das fair ausgetragene, schnelle Spiel erhöhte noch den werbenden Charakter des Festes.

Sicher wird die prächtige Veranstaltung dem Verein viele Mitstreiter bringen.

Möwe badet: Mittwochs von 19.00 bis 21.45 Uhr im Stadtbad Neukölln, Gangholerstraße; Donnerstags von 19 bis 20.30 Uhr im Stadtbad Kreuzberg, Baerwaldstraße (Familienbad).

Resultate des Schwimmfestes:

Jugendbrustschwimmen 100 m: 1. Quiß, Möwe, 1:30,4 Min.; 2. Löckner, Gr.-Bln. 1:34 Min. — **Männer-Brustschwimmen** 100 m: 1. Löhnert, Gr.-Bln, 1:26,5; 2. Weber, Gr.-Bln., 1:26,7; 3. Wurm, Möwe, 1:28,2. — **Männer-Kraulstaffel** 6×50 m: 1. Groß-Berlin 3:04,8; 2. Möwe I 3:08,6. — **Bruststaffel** für Männer über 35 Jahre: 1. Möwe 3:01; 2. ASV. Neukölln 3:01,7; 3. ASC. 3:07,6. — **Männerkraulschwimmen** 100 m: 1. Dunkel, Groß-Berlin 1:06; 2. Frohn 1:07,8; 3. Lissakowski, Möwe, 1.12 — **Jugendkraulschwimmen** 100 m: 1. Kuttig Möwe, 1:12,7; 2. Seebach, Groß-Berlin, 1:14. — **Männerschwimmen** (bel.) 50 m: 1. Quiß, Möwe, 0.33,1; 2. Kuttig, Möwe, 0:33,6. — **Frauenschwimmen** (bel.) 50 m: 1. Kosmehl, Möwe, 0:48,6; 2. Steinke, Möwe, 0:49,2. — **Männerwasserballspiel**, A-Klasse: Freie Schwimmer Groß-Berlin gegen Möwe 5:2 (2:1) für Möwe.

Frühe Urteile über die Photographie

Im Anfang war die Schwierigkeit und das Vorurteil des Publikums. Das haben wir bei dem jüngsten Zweige der Technik — dem Rundfunk — mit all seinen merkwürdigen und wunderbar geheimnisvollen Vorgängen in reichlichem Maße erlebt. Doch nicht nur der Rundfunk, sondern auch die Photographie hat zu Anfang ihrer Entwicklung die seltsamsten Urteile über sich ergehen lassen müssen. Diese seltsamen Urteile und Auffassungen über die Photographie wird Herr Professor Dr. E. Stenger-Charlottenburg, bekannt durch seine geschichtlichen Forschungen auf diesem Gebiet, in einem interessanten Vortrage mit dem Thema „Frühe Urteile über die Photographie in Wort und Bild" mit Erläuterung durch Lichtbilder im großen Hörsaal des Film- und Bildamtes der Stadt Berlin, NW 87, Levetzowstraße 2, eingehend behandeln. Der Träger dieser Veranstaltung ist die Freie Photo-Vereinigung Berlin. Tag der Veranstaltung ist der kommende Sonnabend, am 19. d. M., um 20 Uhr. Eintrittspreis einheitlich 30 Pf. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben.

Die Serie im Zwickauer Bezirk

Die Punktspiele gehen flott weiter. Trotz der Anfangsüberraschungen ordnen sich die Vereine ihrer Spielstärke entsprechend langsam ein. Dennoch haben es die als spielstark anerkannten Vereine äußerst schwer, ein Spiel durchzubringen. Die Tatsache, daß einschließlich der 2. Klasse am zweiten Seriensonntag nur eine einzige Mannschaft ohne Punktverlust dasteht, beweist das deutlich. Der weitere Fortgang wird zweifellos an Spannung und Interesse nichts zu wünschen übrig lassen.

Für Sonnabend ruft der Bezirk die Knabenleiter zu einer technischen Lehrstunde nach Wilkau zusammen. Beginn 18.00 Uhr in der Sporthalle. Natürlich sollen auch die Knabenleiter ihre Schützlinge mitbringen, damit eine vielseitige Uebungsstunde durchgeführt werden soll.

Am Sonnabend, den 16. April, tritt erstmalig unsere Bezirksmannschaft zur Bestreitung der öffentlichen Werbung an. Die erste Veranstaltung ist mehr als ein Auftakt gedacht und gilt vor allem der Auswahl weiterer befähigter Spielkräfte. Es ist beabsichtigt, den Bezirksmeister Niederrhein gegen eine Auswahlmannschaft antreten zu lassen. Spielort ist Wilkau.

Der bevorstehende Feiertagsspielbetrieb scheint nach den bisherigen Meldungen ein sehr umfangreicher zu werden. Bis jetzt haben sich als Gäste eingezeichnet: Nürnberg Ost, Hof West 07, VfB. Riesa, Chemnitz-Schönau, Sturm-Mittelbach, Frankenberg, Eintracht-Oelsnitz Weida, Schmölln, Meerane, Schneeberg, Meerane-Crotenlaide, Treuen und Dresden-Neustadt Jgd.

Mit Rücksicht auf die Punktkämpfe ist für kommenden Sonnabend nur ein Spiel vorgesehen. Es handelt sich um das Freundschaftstreffen **Mylau—Greiz-Aubachthal** (16.00).

Die Punktspiele am Sonntag

Vielau—Reichenbach (15.30). Das Spiel, das technisch bestimmt hochstehend sein wird, wird zeigen, ob Vielau weiter in der Lage ist, die Tabellenführung zu behalten. — **Netzschkau—Reinsdorf** (15.30). Den Punktgewinn wird wohl der Gastgeber haben, jedenfalls wird es bis zum Schlußkampf einen harten Kampf geben. — **Zwickau Süd geg. Wilkau** (15.30). Wenn die Wilkauer Stürmer nichts Besseres zu leisten vermögen wie gegen Vielau, werden sie sich die wichtigen Punkte kaum holen können. — **Oberhohndorf—Neukirchen** (15.30). Man darf gespannt sein auf diesen Kampf. Beide Mannschaften boten am Sonntag prächtige Leistungen. — **Zwickau—Cainsdorf** (15.30). Die Gäste müßten unbedingt gewinnen, wenn sie zur Spitzengruppe aufrücken wollen. — **Zwickau Nord geg. Crimmitschau** (15.30). Auswärts spielt Wacker stets besser als auf eigenem Platz. — **Niederhaßlau—Marienthal** (15.30, Freundschaftsspiel). Lange Zeit ist den Gästen kein Sieg über Niederhaßlau gelungen. — **Ebersbrunn—Rodewisch** (15.30, Freundschaftsspiel). Ebersbrunn braucht sich durch den Fehlstart nicht beirren zu lassen. Die Gäste, mit denen sie ein Kräftemessen vereinbart haben, stehen über dem Durchschnitt.

Serienspiele der 2a-Klasse

Mülsen-Jacob Neuschönburg (1.30). — **Friedrichsgrün geg. Pöhlau** (15.30). — **Rotschau—Lichtentanne** (15.30). — **Grün—Brockau** (15.30). — **Schönfels—Langenfeld** (13.45).

Spiele der unteren Mannschaften

Sonnabend: Niederhaßlau 2b—Friedrichsgrün 2 (16.30).
Sonntag: Vielau 2—Wilkau 2b (9.15); Zwickau Süd 2 geg. Reinsdorf 2 (13.45); Zwickau 2—Cainsdorf 2 (10.15); Zwickau Nord 2—Crimmitschau 2 (13.45); Zwickau Süd 3 geg. Wilkau 3 (12.00); Mülsen-Niclas 2—Friedrichsgrün 2 (13.45); Rotschau 2—Netzschkau 3 (13.45); Brockau 2 geg. Crimmitschau 3 (10.30); Ebersbrunn 2—Rodewisch 2 (14.00); Pöhlau 2—Zwickau 3 (9.30, Erlenbad); Netzschkau 2—Wilkau 2a (12.30); Oberhohndorf 2—Neukirchen 2 (13.45); Werdau 2—Planitz 2 (13.45); Vielau 3—Reinsdorf 3 (10.45); Oberhohndorf 3—Härtensdorf (10.45); Ebersbrunn 3—Crimmitschau 4 (12.30); Schönfels 2—Pöhlau (15.30). — Jugend: Vielau—Reichenbach (14.15); Marienthal geg. Mylau (11.00); Friedrichsgrün—Crimmitschau (14.15); Netzschkau—Reinsdorf (14.15); Lichtentanne—Zwickau Nord (11.00); Oberhohndorf—Cainsdorf (12.30). — Knaben: Friedrichsgrün—Härtensdorf (13.00); Marienthal—Glauchau (11.00); Pöhlau—Zwickau (12.00, Fichte).

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Sitzung des engeren Bezirksvorstandes und der Parteitagsdelegierten Sonnabend, 19. März, 16.30 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee Nr. 34. — Die für heute angesetzte Sitzung der Bildungsobleute muß ausfallen.

Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Paul Fröhlich über „Revolutionäre Strategie und Taktik" wird Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr, im Lokal Klinger, Sellerstr. 14, fortgesetzt.

Ortsgruppe Friedrichshain: Zeitungspropaganda für sämtliche Abteilungen Sonntag, 20. März, 9.30 Uhr. Die Zeitungen sind bei Krugmann, Memeler Straße 36, abzuholen.

Ortsgruppe Steglitz: Montag, 21. März, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Wernicke, Berlinickestraße 1. — Mittwoch, 23. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Thema: Der zweite Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl und die Landtagswahl.

Ortsgruppe Weißensee: Dienstag, 22. März, 20 Uhr, im Lokal Bohacek, Wilhelmstraße 29, außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Genossen erscheinen.

Ortsgruppe Falkenberg-Bohnsdorf: Sonntag, 20. 3., treffen sich alle Genossen um 10 Uhr im Gemeinschaftshaus Falkenberg (Gutshof) zur Zeitungsagitation in Falkenberg. Beteiligung Pflicht.

SJV

Gruppe Tempelhof-Mariendorf: Sonnabend Arbeitsgemeinschaft, Beginn 19.30 Uhr. Einführung in den Marxismus. Wir behandeln den utopischen Sozialismus.

Gruppe Spandau: Sonnabend Arbeitsgemeinschaft.

Mitteilungen der BL.

Märzkundgebung: Babylon (U-Bahn Schönhauser Tor). Erwerbslose und Jugendliche 30 Pfg.

Gruppenprogramme für April sofort abgeben!

Referentenschule: Montag, 21. März. Programm der SAP. Ref. Gen. Karl Frank.

Referentenschule und EBL: Wochenend-Kursus 19. 3., 20 Uhr, Sonnabend, Treffpunkt 18 Uhr, Bahnhof Schönhauser Allee. 18.15 Uhr Bhf. Putlitzstraße (Bahnsteig). Themen: „Teil- und Massenstreik". Ref. Genosse Walcher. „Die Aufgaben der Partei in der Revolution", Ref. Gen. Zweiling.

Freireligiöse Gemeinde: Sonntag, 10 Uhr, im Stadthaussaal, Klosterstraße, 50. Jugendweihe. Festrede: Dr. F. Schiff: Jugend voran! Eintritt frei. Gäste willkommen.

* * *

SAP Düsseldorf: Bildungskurse: Montag, 21. 3., 20 Uhr, bei Katzenstein, Antoniusstraße 15, „Dialektrischer Materialismus" (Genossin Reichenbach); Dienstag, 22. 3., Referenten-Schulungskursus, ebenfalls bei Katzenstein, 20 Uhr; Düsseldorf-Gerresheim: Donnerstag, 24. 3., 20 Uhr, bei Hartmann, Schönaustraße, „Politische Oekonomie", Gen. Reinmuth! — **SAP Ratingen:** Mitgliederversammlung, Samstag, 19. 3., 20 Uhr, im Volkshaus, Bericht vom Bezirksparteitag, Preußenwahl. — Funktionäre 18.45 Uhr. — Ortsvereinsvorstand 18 Uhr.

SAP Halle: Mittwoch, 23. 3., 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkspark". Programmdiskussion, Aktionsplan. Eingeführte Gäste erwünscht.

SAP Ober- und Niederfriedersdorf: Wir beteiligen uns an der „Roten Revue" vom SJV Löbau am Sonnabend, 19. 3., 20,15 Uhr, im Kretschem Oberfriedersdorf

SAP Oppach: Oeffentliche Versammlung am Montag, 21. März, 20 Uhr, im „Heiteren Blick". Genosse Bergt, Löbau, spricht über das Thema: „Mit Hindenburg — zu Hitler!".

SJV. Unterbezirk Erzgebirge: Am 20. 3. nehmen alle Gruppen am Quer-Werbeabend im „Muldental" teil. Beginn 20 Uhr. Bringt auch junge Parteimitglieder und Schutzbündler mit.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Ducksteln, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband. RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Sonnabend, 19. März 19.30 — 22.15 Uhr: Cosi fan tutte

Kroll-Theater
a. Platz d. Republik
Sonnabend, 19. März 20 — 22.30 Uhr: Goethe-Festspiele „Prometheus" „Pandora"

Schauspielhaus
a. Gendarmenmarkt
Sonnabend, 19. März 20 — gegen 23 Uhr Cyrano v. Bergerac

Schillertheater
Charlottenburg, Bismarckstraße
Sonnabend, 19. März 20 — nach 22.30 Uhr Die endlose Straße

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2946
Sonnabend, 19. März 8.15 Uhr Androklus u. d. Löwe

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichsel 3422
Sonnabend, 19. März 6 u. 9 Uhr: Jettchen Gebert
Sonntag, 20. März 3 Uhr: Jettchen Gebert
6 und 9 Uhr: Götter unter sich

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
„Helden der Luft"
und
Das fünfte Tonfilm-Kabarett der Ufa
Neueste Fox tönende Wochenschau

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Zwei Großtonfilme
Felix Bressart in dem neuesten Lacherfolg
Holzapfel weiß alles
dazu:
Der große Reise- und Abenteurerfilm:
Entfesseltes Afrika
Tönende Wochenschau
Wochentags 5.15 Sonntags 3.15
Kasseneröffnung ½ Stunde vor Beginn

PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Nur sieben Tage, bis 24. März.
Erstaufführung, René Clair's Meisterwerk:
„Es lebe die Freiheit"
Der beste Film, der seit Monaten in Berlin gezeigt wurde. Dazu als zweiten erstklassigen Tonfilmschlager:
„Geld auf der Straße"
Der große Heiterkeitserfolg, mit Georg Alexander und Hans Moser.
Einlaß ½5 Uhr. Eintrittspr. ab 0.50 RM.

Theater des Weddinges
Müller-, Ecke Sellerstraße
„Trader Horn"
dazu: Henry Porten in
„24 Stunden aus dem Leben einer Frau"
Das gute Beiprogramm

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
2 Tonfilme
Conrad Veidt, Charlotte Ander in
Rasputin, der Dämon der Frauen
(Der heilige Teufel)
dazu:
Hermann Thimig in
Mein Freund, der Millionär
und die neueste tönende Fox-Wochenschau

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Ab Freitag, den 18. März 1932
George Bancroft in dem deutschen Ton- und Sprechfilm
Mann über Bord
Der große Premieren-Erfolg im Ufa-Palast am Zoo
Fox tönende Wochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in:
Der Herr Bürovorsteher
und
Das Sträflingsschiff
Neueste Wochenschau

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Spitzenfilme: Harry Piel in
„Der Geheimagent"
dazu: Fritz Kampers in
„Drei von der Stempelstelle"
Fox tönende Wochenschau
Beginn 8 Uhr.

Zum Parteitag
bringt wertvolles Material das soeben herausgekommene neue
Märzheft des „Klassenkampf"
die theoretische Zeitschrift der „Sozialistischen Arbeiter-Partei". Die vorliegende Nummer enthält einen Beitrag von **Max Seydewitz**, über „Programm und Aktion", wertvolles Material zur Begriffsklärung der **Demokratie und Diktatur** und Material von Lenin über Taktik. Außerdem einen Aufsatz von **Paul Fröhlich** über proletarische Außenpolitik und noch eine Reihe anderer wichtiger Beiträge.
Wer den „Klassenkampf" noch nicht liest, muß ihn sofort bestellen bei dem örtlichen Literaturobmann, bei der örtlichen Parteileitung der SAP. oder direkt bei der
Freien Verlagsgesellsch. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67
(Monatsabonnement 45 Pf.)

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75; Stiefel 3,75; neue Schlafdecken 0,95, 1,65; Monteurjacken und Hosen 1,29; Militärunterhosen und Hemden 0,75; Laufschuhe 0,90 Mark; neue Arbeitshosen, englisch Leder 3,60; neue Schnürschuhe, Militärart, Vollleder (kein Spaltleder) 4,90; neue Militärtuchschuhe, Ledersohle, 1,30 Mark; Militär-Drelljacken 1,10; Hosen 1,10; Ia Windjacken 6,85; neue Ia Vollleder-Schaftstiefel 11,75; neue Strickwesten 1,60; neue Ia Reinwollsocken 0,75; reinwollene Pullover 2,90; guterhaltene schwere Winterjoppen 5,90. Alles zum Aussuchen! Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M.; neue Hosen, gebrauchte Hosen 3 M.; neue feldgraue Tuchhosen 6,75; Ia Manchesterhosen 5,75; Ia Köperbarchent-Arbeitshemden 1,95; Militär-Strickjacken, gebr., 1,20; Militär-Fausthandschuhe, wasserdicht, warmgefüttert, 1,00; Rucksäcke, neue Lederjacken; Schlosserhemden; Packerblusen, Arbeitskittel, Breecheshosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3 Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Die Ente
NEU ERSCHIENEN:

II. Jahrgang
Aus dem Inhalt der neuen Nummer
Es gibt noch mehr Idioten in Deutschland / Ein Zivilist wird gesucht / Ruth Fischer und Karl Radek / Der Maler und sein Modell / Therese von Konnersreuth und die Ulisteins / Briand und Clemenceau.
10 Pfennig
Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Bedebourpostkarten
für Werbezwecke, neueste Aufnahme gibt zu Wiederverkaufszwecken an alle Ortsgruppen der SAP, des Schutzbundes und des SJV zum Preise von **6 Pfennig pro Stück ab.**
Muster gegen Einsendung des Portos. Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Die Ortsgruppen haben durch regen Vertrieb die Möglichkeit, ihren **Kampffonds** zu stärken
Soz. Schutzbund, Bez. Leipzig,
Geschäftsstelle: Leipzig C1, Kurzestr. 13

Sachsen

Jugendweihe Crimmitschau 1932
am Sonntag, dem 20. März 1932
im Saale des Volkshauses
Sammeln der Weihlinge früh 9 Uhr im Vereinszimmer des Volkshauses. Beginn der Weihe: ½10 Uhr. Weiherede: Herr Lehrer Pflugk-Leipzig
Die Weiherede wird umrahmt von musikalischen, gesanglichen und deklamatorischen Darbietungen
Abends 7 Uhr im gleichen Saale:
Große Jugendfeier
Zur Aufführung gelangt:
Arbeiterbub, Arbeitermädel kommt zu uns!
Eine Revue der proletarischen Jugend von Walter Kluge
Eintritt zur Abendfeier 50 Pfg. Schulentlassene freien Eintritt. Erwerbslose die Hälfte. Einlaß 6 Uhr
Zu beiden Feiern ladet die gesamte Einwohnerschaft von Crimmitschau und Umgegend freundlichst ein
der Jugendweihausschuß
Programms sind bei allen Ausschußmitgliedern, in der Volksbuchhandlung Herrengasse 11 und Arbeitersekretariat Friedrich-August-Straße 1 zu haben
Kinder unter 10 Jahren wolle man zur Jugendweihe nicht mitbringen

Hamburg

Volksheim-Lichtspiele
Sachsenstraße 21
Das Kino des Arbeiters
Programm
für Sonnabend, den 19. und Sonntag, den 20. März 1932
1. KULTURFILM:
Der Spreewald
2. RUSSENFILM:
Gefangene des Meeres
3. RUSSENFILM:
Der Mann mit der Kamera
Die Vorstellungen beginnen Sonnabends 20 Uhr, Sonntags 19 u. 21 Uhr
Unsere Preise: Verdiener Sonnabends 50 Pf., Sonntags 70 Pf., Erwerbslose und Jugendliche zahlen nur 30 Pf.
Achtung!
Ostern wird nicht gespielt!
Voranzeige: Am 2. und 3. April zeigen wir auf vielfachen Wunsch nochmals den gewaltigen Revolutionsfilm „Zehn Tage, die die Welt erschütterten."

Werbt Abonnenten

Keller
Löbau,
Ecke Altmarkt-Bautzener-Str.
Zeitgemäße Preise - 5% Rabatt bei Barzahlung
Fabrikate erster deutscher Firmen

Frühjahrsneuheiten
in Kleiderstoffen
Reste aller Art
Strümpfe / Socken
Handschuhe / Stickereien usw.
S. Trenkler
Löbau Rittergasse 6

Photo-Atelier
Woldemar Strube
Löbau
Konfirmanden und Abc-Schützen ermäßigte Preise

Freie Turnerschaft Mylau i. V.
Dienstag, 22. März, nach der Turnstunde wichtige
Vereins-Versammlung
Aktuelle Tagesordnung
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Turnwart.

Schutzbundhemden!
Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen
Kurt Baumann
Niederhaßlau/Zw., Rosenthaler Str. 15
Preis pro Hemd M. 3.10 / Teilzahl.

Das Versagen der ultralinken KPD-Politik

Von Herrmann Scheler-Titus

Es genügt nicht allein, an dem für die Arbeiterschaft katastrophalen Wahlausgang festzustellen, daß man gegenüber den Kommunisten in der Kritik ihrer falschen Taktik recht behalten hat. Für uns ist es auch notwendig, die Fehlerquellen dieser falschen Politik aufzuzeigen, um sie für spätere Zeiten überwinden zu helfen.

Immer wieder mußte man in Versammlungen, die vor der Wahl stattfanden, das Argument gegen unsere Forderung der Einheitsfront hören, daß die KPD mit „Sozialfaschisten" und ihren „linken Agenten" keine Einheitsfront machen könne. Man verlangte von ihnen die rote Einheitsfront unter kommunistischer Führung. Diese Theorie vom Sozialfaschismus scheint mir der Ausgangspunkt für die falsche Einheitsfronttaktik der KPD zu sein. Auf die Frage „Was ist Sozialfaschismus?" und „Ist die SPD sozialfaschistisch?" hören wir immer wieder die Antwort: „Jawohl, die SPD ist sozialfaschistisch" — das bedeutet, sie ist in der Theorie sozial und in der Praxis faschistisch. Würde das etimmen, dann wäre selbstverständlich die KPD im Recht, jede Einheitsfront, jedes Zusammengehen in irgendeinem Zeitpunkt mit der „faschistischen" SPD natürlich abzulehnen, vorausgesetzt, daß die KPD nicht — wie im Preußenvolksentscheid — alle kommunistische Taktik über den Haufen werfen wollte.

Richtig und notwendig ist, daß festgestellt wird, daß die Politik der SPD objektiv im Interesse des Kapitals liegt, daß sie darüber hinaus die Arbeiterschaft lähmt, deprimiert und damit dem Faschismus den Weg zur Macht ebnet. Aber damit ist die SPD noch nicht faschistisch, kann es in ihrer heutigen Form als Massenpartei auch nie werden. Das was die Massen in der SPD zusammenhält, ist nicht die revolutionäre Ueberzeugung und der Wille zur proletarischen Revolution, sondern ist der Geist des friedlichen, kleinbürgerlichen Parlamentarismus und der Demokratie. Mit der offenen Aufgabe dieser Bindemittel müßte sich die SPD als Massenpartei selbst aufgeben. Dazu kommt, daß unter einem faschistischen Regime alle Arbeiterorganisationen aufgelöst werden, wenn sie nicht offen in die faschistische Front einschwenken, da allein die Existenz von Arbeiterorganisationen, auch diese kapitalfreundliche Politik machen, Gefahrenherde für den Faschismus bilden müßten. Sicher werden bestimmte Führerschichten mit mehr oder weniger Anhang dieses Einschwenken zum Faschismus ohne Skrupel tun, die Erfahrung zeigt es uns, aber die Partei als Ganzes kann dies nicht, sie würde damit sich ihrer Massengrundlage berauben. Das heißt nichts anderes, als daß sie als Partei kaputt sein wird, ehe sie als Ganzes faschistisch werden kann. Die Theorie des „Sozialfaschismus" ist eine Theorie zur Verkleisterung einer falschen und durchaus unkommunistischen Einheitsfrontpolitik.

Was aber soll die Losung „Rote Einheitsfront unter kommunistischer Führung?" Wenn ich kommunistische Führung verlange als Bedingung, so sage ich damit, daß die Arbeiter die Führung der Kommunisten schon anerkennen. Dann brauche ich aber keine Einheitsfrontpolitik mehr.

Sie soll ja gerade den Loslösungsprozeß der reformistischen Arbeiter von ihren falschen Meinungen und ihrer reformistischen Partei und Führung bedeuten.

Die Gewinnung dieser Massen für den Kommunismus kann also nur Ziel, aber nicht Bedingung einer Einheitsfront sein.

In dem Sinne wurde eine wirklich kommunistische Klassenpolitik auch immer von Lenin, der doch wirklich kein Zentrist oder sonst was gewesen ist, propagiert und durchgeführt. Es sei hier nur an die Auseinandersetzung Lenins mit dem „Linken Doktrinarismus" in seiner Broschüre über die „Kinderkrankheiten des Kommunismus" erinnert. Dort führt er vor allem gegen die englischen Ultralinken aus, daß es ihre Aufgabe wäre, die Henderson und Snowden nicht nur in Worten, sondern in der Praxis zu entlarven, indem man sie zwinge, in einer richtigen Einheitsfront zu ihren Worten zu stehen und die Churchill und Loyd George zu schlagen, wobei den Kommunisten auch in einer solchen Einheitsfront das Recht der schärfsten Kritik bleiben müsse. Was ist der Erfolg einer solchen Politik? Die Aktion würde den reformistischen Arbeitern zeigen, daß ihre Führer diese Aktion nicht wollen, sondern diese an die Bourgeoisie verraten, und daß die Arbeiter die Notwendigkeit der Revolution unter Führung der Kommunisten einsehen würden. In einem Brief vom 27. September 1917 an Smilga fordert Lenin diesen auf, als ersten Schritt zur Revolution die Einheitsfront mit den linken Sozialrevolutionären zu bilden, „ein Block, der uns die Macht über Rußland verschaffen wird."

Was hätte eine kommunistische Taktik von der KPD verlangt?

Die KPD mußte versuchen, der SPD auf Grundlage eines Programms, das wesentliche Kampfforderungen der Arbeiterschaft enthielt, einen Einheitsblock aufzuzwingen, d. h. die SPD-Führer zu zwingen, mit ihrem Kampf gegen den Faschismus in Worten wirklich ernst zu machen. Die SPD hätte wahrscheinlich abgelehnt. Aber dies wäre die Grundlage einer breiten Aktion in der Arbeiterklasse geworden. So gab die KPD der SPD und der Eisernen Front das Argument, daß die „aturen" Kommunisten die Einheitsfront gar nicht wollen und sie daher nur noch mit Hindenburg den Faschismus schlagen können.

Um dann eine solche Aktion in der Arbeiterklasse aber wirksam unterstützen zu können, wäre es nötig gewesen, daß die KPD heute ihre ganze Kraft in die Gewerkschaften und alle anderen Massenorganisationen legt, um die „Eiserne" dort zu schlagen und von dort aus die Klasse zu organisieren und zu führen.

Das ist sicher etwas schwieriger als ultralinke Phrasen zu dreschen, aber wenn eine Partei schon an solchen Aufgaben scheitert, wie will sie dann die zehnmal schwierigeren einer proletarischen Revolution und einer proletarischen Diktatur lösen können? Wie will sie die SPD-Arbeiter und überhaupt die Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse gewinnen?

Sie wird sich weiter „bolschewisieren" und ihre Fehler vertiefen. Um so notwendiger ist es, daß die Aufgabe von der SAP in Angriff genommen wird und ohne Schwanken zielklar zu Ende gebracht wird.

Wildgewordene Spießer

Sächsische Unternehmer drohen mit Generalstreik

Der Verband Sächsischer Industrieller hielt vor einigen Tagen in Dresden seine diesjährige Generalversammlung ab. Die üblichen Scharfmacherreden über den „Wohlfahrtsetat", den unerträglichen Steuerdruck, gegen die Lohnbindungen usw. verdienen keine besondere Beachtung.

Vor Beginn der Tagung wurden jedem Teilnehmer Handzettel mit der Ueberschrift „Dokumente der Not!" übergeben, die Zuschriften aus Mitgliederkreisen enthalten. In einem dieser Dokumente heißt es:

„Zahlreiche nationalgesinnte erzgebirgische Jungarbeitgeber, zu denen auch ich gehöre, sind müde der schauderhaften erbärmlichen Zustände, die Zerstörung der deutschen Wirtschaft noch länger stillschweigend mit anzusehen, sondern tragen sich mit dem ernsten Gedanken, durch das Hissen der schwarzen Industrie-Todes-Fahne

zum Generalstreik aller tatkräftigen Arbeitgeber aufzurufen.

Die hysterischen SOS-Rufe der Unternehmer verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Spitzen der Behörden. Reichswirtschaftsminister Warmbold behauptete kühn, die Privatwirtschaft habe in der Vergangenheit allen Anforderungen genügt und werde sicherlich auch in Zukunft allen Anforderungen gerecht werden.

Wenn die Schoßkinder der Regierung wild werden, erhalten sie schnell ein Pflästerchen in Gestalt der Anerkennung ihrer „Verdienste". Aber Subventionen erhalten die kleinen Unternehmer nach wie vor nicht. Sonst wären sie so unstandesgemäßen Gedanken, wie dem an einen Generalstreik, nicht zugänglich. Sie müssen sich mit der Erlaubnis begnügen, ihre Arbeiter noch mehr als bisher zu schröpfen.

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrats

Bedenken über den eigenen Plan

Der Reichswirtschaftsrat hat der Reichsregierung sein Arbeitsbeschaffungsprogramm zugeleitet, über dessen Einzelheiten folgende Zusammenstellung veröffentlicht wird:

Kredite in Mill. M.	Arbeitskräfte
Reichsbahn:	
100 Millionen	80 000
Reichspost für 1932:	
50 Millionen	15 000
Straßennetz:	
200—700 Millionen	77—300 000
Hochwasserschutz:	
230 Millionen	105 000
Landwirtschaftliche Meliorationen	
200 Millionen	120 000
Milchwirtschaft für 1932:	
50 Millionen	10 000
Hausreparaturen:	
3—500 Millionen	135—225 000

Danach müßten für die Beschäftigung von 400—700 000 Arbeitern 830—1830 Millionen Mark bereitgestellt werden. Besonderer Wert soll auf die Wiedereinstellung von jugendlichen Erwerbslosen gelegt werden.

Das ganze Programm ist vorläufig völlig bedeutungslos, da noch nicht das Geringste darüber feststeht, auf welche Weise die notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen. Der Reichswirtschaftsrat selbst hat in seinem Gutachten erhebliche Bedenken über die Finanzierungsmöglichkeiten ausgesprochen.

Heraus zur März-Kundgebung im Babylon am Bülow-Platz!

Der freigewerkschaftliche ZdA, die Eiserne Front und die SAP

In der Nr. 6 des „Freien Angestellten" finde ich folgende Notiz:

SAP. Mitgliedschaft
und Zellenbildung

Die Gründung der SAP. war für uns zunächst kein Anlaß zu einer irgendwie gearteten Stellungnahme. Nachdem jedoch in dem Organ der „Sozialistischen Arbeiterpartei", der „Sozialistischen Arbeiterzeitung", wiederholt Aufrufe zu Fraktionsversammlungen erschienen sind, weisen wir alle unsere Mitglieder erneut auf die Tatsache hin, daß die Bildung irgendwelcher Fraktionen und Zellen im Verbande als verbandsschädigendes Verhalten angesehen wird und den Ausschluß aus der Organisation nach sich zieht.

Wir machen alle unsere Mitglieder, insbesondere die der SAP. angehörenden, mit allem Nachdruck auf diese Tatsache aufmerksam.

Berlin, den 10. März 1932.

Der Verbandsvorstand:
Otto Urban, Vorsitzender.

Also unsere gewerkschaftliche Arbeit will man abdrosseln. Wie steht es mit den bestehenden SPD-ZdA-Fraktionen? Was ist die ZdA-Hammerschaft? In diese Hammerschaft können nur Verbandskollegen eintreten, die SPD-Anhänger sind. Und doch marschiert diese Hammerschaft bei jeder unpassenden Gelegenheit auf. Ist das Zellen- oder Fraktionsbildung? Oder will der Verbandsvorsitzende uns damit anreizen, anstatt unseres gewerkschaftlichen Zusammenschlusses rote Hammerschaften zu bilden? K. S.

Schule eingestürzt

Drei Tote

Kairo, 18. März 1932

Die ägyptische Schule in der Ortschaft Schebinelkom ist eingestürzt. Drei Schüler wurden getötet, 29 verletzt.

Zwei Streiklieder / Von Ella May Wiggins

Im Frühjahr 1929 brachen in den Textilfabriken von South- und North-Carolina (USA.) Streiks aus, die von den Arbeitern mit einer Entschlossenheit geführt wurden, wie diese in frühkapitalistischen Verhältnissen befindlichen Wirtschaftsgebiete es noch nicht erlebt hatten. Zum Kampf wurden die Arbeiter angefeuert durch die Streikballaden und -lieder der 29jährigen Textilarbeiterin Ella May Wiggins. Nach blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam es zu einem Mordprozeß gegen die Führer der von Kommunisten gegründeten Gewerkschaft. Am 14. September 1929 wurde Ella May Wiggins auf dem Wege zu einer Massenkundgebung von bürgerlichem Mob ermordet.

Ihre Lieder, von denen wir zwei bringen, zeigen deutlich den frühkapitalistischen Zustand: das Ziel der Kämpfe sind das Koalitionsrecht und der Achtstundentag, von denen die Arbeiter eine dauernde Besserung ihrer Lage erwarten. Die Notwendigkeit der sozialen Revolution als der einzigen Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse ist den Textilarbeitern von Carolina noch nicht klar zum Bewußtsein gekommen.

Die im ersten Gedicht erwähnte ILD ist die Internationale Labor Defense, die Organisation, die die Verteidigung der Streikführer vor Gericht führte.

I.

Der Boß will uns're Arbeit und Geld 'nen ganzen Sack,
Die Arbeiter ihre Gewerkschaft und den Achtstundentag.
Der Boß haßt uns Proleten, und wir, wir hassen den Boß.
Der Boß fährt in 'nem Luxuswagen, wir Proleten geh'n zu Fuß.
Der Boß träumt im warmen Daunenbett und zählt dabei Goldstücke nach.
Der Prolet hat nur Strohsacklumpen und liegt vor Kälte wach.
Unser Führer sitzt im Gefängnis, dort gehts ihm gar nicht schön.
Bald aber wird er frei sein und uns zur Seite stehn.
Die Gewerkschaft wird größer und größer, die I. L. D. hat viel Geld.
Wir werdens den Herren zeigen, die uns lange genug gequält.

Wir gehen morgens fort von Haus
Im Dunkeln kehren wir heim
Am Tag, da fronen wir für den Boss,
Da sind unsre Kinder allein.

Und wofür reicht denn unsre Löhnung?
Kartoffeln und Brot zu bezahlen!
Nicht ein Pfennig bleibt für Kleidung,
Nicht ein Pfennig bleibt zum sparen.

Auch abends haben wir keine Freude
Unser Junge gibt keine Ruh':
Meine Schuhe sind zerrissen, Mutter,
Auch Schwester Mary braucht Schuh'.

Wie schmerzt uns das Bitten der Kinder!
Die Herren läßts ewig kalt.
Wir gehn sie nichts an, sie tun genug,
Daß sie den Hungerlohn bezahlt.

Doch unsre Gewerkschaft fürchten sie,
Unsre Einigkeit ist ihr schwerstes Leid.
Genossen, laßt uns zusammenstehn!
Genossen, seid zum Kampf bereit!

Film und wir

Marmorhaus-Berlin: „Der Boß" Corp.

In diesem Lustspiel wird, vielleicht sogar ohne Absicht des Verfassers, das ureigenste Gebiet des Films sichtbar, das in unserer Zeit des Tonfilms noch mehr vernachlässigt wird als früher. Denn der Film ist und bleibt eine optische Angelegenheit und die Töne können und werden nie etwas anderes sein als eine Untermalung.

Die wirkliche Heiterkeit auslösende Grundidee dieses Foxfilms mit einem famosen amerikanischen Komiker in der Hauptrolle ist die scherzhafte Rückversetzung der Technik unserer Tage um vierzehn Jahrhunderte. Daß dieser virtuose Möglichkeiten bietende Schauplatz zum Schluß buchstäblich nur wieder mit „schwerem Geschütz" gefüllt wurde, ist eben amerikanisch. Uebrigens soll der Film nach einem Roman Mark Twains gedreht worden sein: in diesem Falle also keine banale, sondern eine geistvolle humoristische Vorlage. Aber die meisten Bearbeiter verlieren auf dem Wege zum Drehbuch den Geist und behalten allein die Handgreiflichkeit der Komik. R.

Filmopium

Die Produktion von religiösen Filmen und ihre Vorführung in den Kirchen ist das Bestreben der neuen John Wesley Picture Foundation, die in New York ihren Sitz hat. Die Leiter der Gesellschaft sind Methodisten-Priester. Die Filme, die schon in Vorbereitung sind, sollen zum Beispiel die Missionstätigkeit in fernen Erdteilen darstellen. Es wird geplant, diese Filme in allen protestantischen Kirchen Amerikas vorzuführen.

Das Ende der „männlichen Frauenrollen"

Ein uralter englischer Universitätsbrauch, der — noch von der Shakespeare-Zeit her — die Frauenrollen bei Theateraufführungen nur durch Männer darzustellen gebot, ist erstmalig von den Studenten von Cambridge gebrochen worden. In einer College-Sitzung wurde soeben mit starker Mehrheit der Beschluß gefaßt, diese Sitte aufzugeben und in Zukunft auch jungen, hübschen Darstellerinnen die Möglichkeit des Auftretens zu geben.

KPD-Arbeiter: Ihr seid schuld!

Die KPD-Bürokratie macht die einfachen Parteiarbeiter für die Wahlniederlage der KPD am 13. März verantwortlich. – KPD-Arbeiter antworten: KPD-Schutzstaffel Britz tritt dem Antifa-Kartell bei.

Berlin, 18. März 1932.

Im Laufe des Freitag erschienen bei uns gleich zwei Genossen der KPD, die uns voller Empörung über die Zuständ in ihrer Partei und über die Vorgänge bei der Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Berlin vom 17. d. M. berichteten. Diesen Berichten entnehmen wir folgende kurze Darstellung der Konferenz:

Gleich zu Beginn war die Stimmung äußerst gespannt. Die Bürokratie gut auf den Saal aufgeteilt.

Der Grundton des Referats von Ulbricht war (wie nicht anders zu erwarten): die Linie war richtig, aber die Durchführung hat nicht geklappt. Im Mittelpunkt der Diskussion müsse jetzt weniger die Wahl als die imperialistische Kriegsgefahr stehen. Dauernd gab es stürmische Unterbrechungen. Als Ulbricht erklarte, Partei und ihre Hilfsorganisationen seien allein stark genug, die Faschisten abzuwehren — antwortete ein stürmisches Gelächter. Als er ausführte, einzelne Elemente in der Partei hätten die „Eiserne Front" unterschätzt, erfolgten erregte Zwischenrufe: „Das seid ihr selbst!" „Das ist die Rote Fahne!" „Das ist doppelte Buchführung!" Ulbricht betonte, die Parteizellen und der Kampfbund hätten es nicht verstanden, Einheitsfront von unten zu machen. Dann betonte er die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes an der innergewerkschaftlichen Front — dabei würden die Mitglieder kontrolliert werden.

Heinz Neumann versuchte zu beschwichtigen, er sagte teilweise zwar dasselbe wie Ulbricht, erklärte aber auch, man dürfe den Fehler nicht nur bei den unteren Funktionären suchen. Dann sprach ein Prolet äußerst leidenschaftlich:

„Nicht wir sind schuld! Wir haben unsere Pflicht getan!" Lebhafte Störungen von seiten der 100-Prozentigen. Darauf ruft der Arbeiter: **„Einen Menschen wie Neumann laßt ihr ruhig sprechen, einen Arbeiter nicht!"** Große Aufregung. Einige springen auf:

„Das ist ja wie bei den Nazis — da hat auch nur Goebbels zu sprechen!"

Dann sprach ein zweiter Arbeiter im selben Sinne. Darauf brach der Vorsitzende Kunz die Diskussion ab, tobte über das „unerhörte Niveau", vertagte die weitere Aussprache und kündigte an, wer nach der Beschlußfassung nicht parieren würde, gegen den würde man organisatorisch vorgehen.

★

Die kommunistischen Genossen stehen jetzt vor der Frage, ob sie sich wirklich als die Schuldigen am Versagen der KPD-Parolen hinstellen lassen wollen. Sie, die monatelang mit aller Zähigkeit die Anweisungen ihrer Führung durchgeführt, sie, die mit allen Kräften an allen Orten die Arbeit des unbekannten Funktionärs geleistet haben — sie sollen die Schuldigen sein daran, daß die Zentrale keinen Weg fand, den Reformismus zu schlagen!

Genossen! Der Weg zur Revolution führt über die rote Klassenfront! Und diese Klassenfront wird heute noch sabotiert durch dieselbe KPD-Führung, die sich anmaßt, die Arbeitermassen unter ihr Kommando zu bringen!

★

Die kommunistischen Genossen in Britz haben nunmehr ebenso wie schon die Charlottenburger Genossen die Konsequenz aus dem Versagen der Parteizentrale gezogen.

Auf einer Versammlung des Antifaschistischen Kartells in Britz wurde folgende Resolution mit den Stimmen aller kommunistischen Genossen angenommen:

„Unbeschadet unserer grundsätzlichen und politischen Verschiedenheiten sind wir der Auffassung, daß der Faschismus gemeinsam geschlagen werden muß. Wir appellieren an die Versammlung, dafür zu sorgen, daß der Schutzbund der SAP, und der Ordnerdienst der KPO sich mit der Schutzstaffel der KPD zu einer gemeinsamen Schutzstaffel auf überparteilicher Grundlage zusammenschließen."

Herzog (SAP), Schäfer (KPO), Sommer (KPD), Scherzer (Schutzstaffel der KPD).

Nichts gelernt und nichts vergessen

Die „Prawda" zum zweiten Wahlgang

Die „Prawda" erklärt, für den zweiten Wahlgang müsse die KPD konsequent ihre bisher betriebene Politik fortzusetzen. Hindenburgs Erfolg sei vor allem auf die sozialdemokratische Parole des „kleineren Uebels" zurückzuführen. Dieser Parole müsse die Kommunistische Partei entgegentreten und sie widerlegen. Den Arbeitern müsse deutlich gezeigt werden, daß Hindenburg nur eine Staffage für die Brüningregierung sei, die ihrerseits nichts anderes als eine verschleierte faschistische Diktatur darstelle, zum Unterschied von dem offenen Faschismus Hitlers. Daher gebe es auch für die KPD kein „kleineres Uebel", sondern der ganze Kampf gelte dem Vereinigten Faschismus von Wels bis Hitler.

Berliner SAP für Prinzipienerklärung

Berlin, 18. März 1932.

Eine stark besuchte Funktionärkonferenz der SAP für Groß-Berlin entschied sich am Donnerstagabend gegen wenige Stimmen für den Entwurf einer Prinzipienerklärung, der vom Hauptvorstand der Partei dem Parteitag in Plauen zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Ergänzt werden soll dieser Entwurf noch durch einen Passus, der zum Faschismus Stellung nimmt.

Weiterhin fand ein Antrag Zweiling einstimmige Annahme, der den Parteitag auffordert, die Genossen Seydewitz und Rosenfeld als Parteivorsitzende wiederzuwählen.

34,8 Wohlfahrtserwerbslose auf 1000 Einwohner

Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamts vom 29. Februar 1932 sind in Preußen 1 329 384 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 240 305 Ende Januar. Somit ergibt sich auch im Februar wieder eine Zunahme um 89 079 Wohlfahrtserwerbslose oder 7,2 v. H. Gegen den 28. Februar 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 648 182 oder 95,2 v. H. gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 34,8 Wohlfahrtserwerbslose.

Vögler will Einfuhr drosseln

„Es ist die erste Forderung, daß die Einfuhr gedrosselt und der Export weiter gehalten, und, wenn möglich gesteigert wird" — dies ist das neueste Rezept, mit dem Vögler, der Generaldirektor des Stahltrusts, angeblich die „deutsche Wirtschaft", in Wirklichkeit aber das ihm anvertraute Unternehmen kurieren will. Dem Stahltrust geht es nämlich herzlich schlecht. Unter Vöglers Leitung hat auch dieser Riese am Rhein und Ruhr sich krank rationalisiert, und nun, wo alles verfahren ist, soll der Staat helfen, indem er die Schlagbäume an den Grenzen weiter erhöht und Deutschland gegen Einfuhr möglichst absperrt. Geschähe dies nämlich, dann hätten die bankrotten Industriekapitäne noch eine Chance: die ganze deutsche Bevölkerung wäre ihnen zur restlosen Ausbeutung überliefert. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß das Brüning-Kabinett bereit ist, dem Ruf vom Rhein zu folgen. Wie es allerdings fertiggebracht werden soll, die Ausfuhr weiter zu erhalten oder gar noch zu steigern, ist das Geheimnis Vöglers, denn wenn Deutschland sich gegen das Ausland absperrt, dann antwortet dieses eben mit gleichen Maßnahmen. Nur weil man in Berlin das weiß, hat man offenbar noch Hemmungen, die ohnehin überhöhten Zollmauern noch weiter nach den Wünschen Vöglers zu erhöhen.

Krisengewinn der Bank von England. Der Gouverneur der Bank von England erklärte in der unter seinem Vorsitz abgehaltenen Halbjahresversammlung der Bank, der Reingewinn in dem im Februar endenden Geschäftshalbjahr belaufe sich auf 627 201 Pfund Sterling und die Dividende werde sechs Prozent betragen.

Severings „Arbeiter"-Regime

Frankfurt a. M., 18. März 1932

Wegen Beteiligung an den Unruhen in Mörfelden nahm die Polizei weitere Verhaftungen vor. Von den verhafteten Kommunisten wurden sieben dem Untersuchungsrichter in Darmstadt vorgeführt. Bei 28 Kommunisten wurden Haussuchungen vorgenommen. Gegen die Führer Bitsch und Graulich, sowie gegen die Parteimitglieder Völcker und Kuhn wurde Haftbefehl erlassen. Das kommunistische Versammlungslokal wurde für vier Wochen geschlossen. Alle Versammlungen, auch sogenannte Mitgliederversammlungen, wurden bis auf weiteres verboten.

Sonnabend: Stahlhelmtagung

Kein Eintreten für Hindenburg?

TU. Berlin, 18. März 1932.

Eine Korrespondenz berichtet, daß die Stahlhelmleitung sich auf einer Führertagung Ende der Woche noch einmal überlegen wolle, ob sie aus den Erfahrungen mit ihren Bundesgenossen und der Volksstimmung die Konsequenz des Gehenlassens oder der positiven Parolenausgabe (gemeint ist wohl für Hindenburg) ziehen solle. Wie die Telegraphen-Union hierzu vom Stahlhelm hört, ist diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen. Die Tagung der Stahlhelm-Bundesleitung am Sonnabend werde sich lediglich mit den Preußenwahlen beschäftigen. Die Entscheidung über die Stellungnahme des Stahlhelms für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl sei bekanntlich bereits gefallen. Solange Hindenburg sich vor die Systemparteien stelle, komme ein Eintreten des Stahlhelms für ihn nicht in Frage.

Die Stahlhelmführung könnte noch in anderer Hinsicht interessante Ergebnisse zeitigen. Man hört davon, daß die Mißstimmung sowohl gegen Duesterberg, den durchgefallenen Präsidentschaftskandidaten, wie gegen Seldte, den ersten Bundesführer, so stark geworden ist, daß mit der Demission der beiden Führer zu rechnen sei. Von anderer, gleichfalls recht gut informierter Seite erfährt man allerdings, daß im Interesse der Einheit des Bundes die große Abrechnung bis nach dem Abschluß der gesamten Frühjahrs-Wahlbewegung vertagt werden solle.

Todesurteil für weißgardistischen Eisenbahnverbrecher

Leningrad, 18. März 1932

Wegen des Versuches, auf der Strecke Moloskowize—Bruda der baltischen Linie der Oktoberbahn ein Eisenbahnunglück herbeizuführen, wurden, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, der Weißgardist Aunap zum Tode durch Erschießen und sein Helfershelfer Oden zu zehn Jahren Freiheitsstrafe und Ausweisung aus dem Leningrader Gebiet auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

TARASSOFF RODIONOFF SCHOKOLADE

Copyright by Franz Pfemfert, Berlin-Wilmersdorf.

3. Fortsetzung

Gitanow hat mich ja zu sich gerufen, um mich mit diesem . . . wie heißt er doch . . . Finikow zusammenzubringen! . . . Er sagte: es wird Geld geben . . . gutes Geld! . . . Und ich habe doch gehungert.

Oh, der Hunger!

Hab' meine Garderobe verkauft! . . . Nur Mantel, Muff . . . ein paar Kleider . . . Lieber . . . teuerer Genosse Sudin! . . . Ich war ja auch früher Gymnasiastin . . . fünf Klassen! . . . Ein bißchen Leben.

Nicht Sklaverei, Leben.

Ehrliches Leben . . . ein wenig . . . bitte ich bei Ihnen . . . Ich bin bereit, ich will arbeiten! . . . Würde ich mich denn verkaufen?!

Eine kleine Prostituierte! das ist die Bezeichnung für mich! . . ."

Mit sich überschlagendem Stöhnen, ganz naß vor Unglück, kroch Elena auf die Erde hinab. Der Schal fiel hinunter. Sie kauerte im Mantel. Die Locken klebten an den Schläfen. Und nur der hellbraune Schimmer der Haare und das Rosa des weichen Oehrchens schrieen zum grauen, fernen teilnahmslosen Himmel hinaus, durch die durchsichtigen Fenster dieses blauen gotischen Zimmers, daß hier eine Frau jammert und daß sie tief unglücklich ist.

Das klägliche Händchen Elenas vernahm auf einmal den Druck einer festen, warmen männlichen Hand.

„Genug, Genossin Walz, stehen Sie auf, bringen Sie sich in Ordnung und beruhigen Sie sich!"

Das sprach Sudin. Wie gierig, gierig möchte sie seiner lieben Stimme noch länger lauschen.

„Wir Kommunisten kämpfen ja gerade jetzt diesen blutigen Kampf für das Glück aller vom kapitalistischen Joch Zertretenen, folglich auch für das Glück solcher wie Sie . . . Erheben Sie sich und beruhigen Sie sich! Und wenn Sie später herkommen wollen, fragen Sie nach mir . . . vielleicht übermorgen . . . um ein Uhr. Ich werde Ihner helfen wie einem Freund . . . Na, und jetzt richten Sie sich auf, ziehen Sie sich an und gehen Sie, — Sie sind frei."

Er drückte auf den Knopf, und hinter der Tür ertönte ein lautes, schrilles Läuten.

II

Die Luft ist durchdrungen von Sonne. Sie wirbelt im fröhlichen Walzer der lustigen Stäubchen. Sie schleicht an die Wangen und streichelt mit warmen, mit zärtlichen Pfötchen den Saum der Lider. Im lenzlichen lautlosen Taumel streut die Sonne den Glanz wie im Traum.

„Wer ist da?"

„Walz?"

„Ich hätt' sie bestellt? . . . ich erinnere mich nicht. Schön, laßt sie herein."

„Oh, wie schläfrig. Die Hände senken sich. Die Augen fallen zusammen, und die Gedanken sind nicht mehr zu halten. Man müßte nach Hause, ausschlafen, abends wieder erneut an die Arbeit.

„Rufen Sie den Genossen Kazmann!"

„Walz? Soll warten!"

„Genosse Plastow, Genosse Plastow! Auf einen Augenblick! Haben Sie Nachrichten von Bunin über den — wie heißt er doch? — Seeoffizier, der nach Finnland fuhr, erhalten? Nein! Sehr merkwürdig. Wiederholen Sie die Anfrage dringend. Die Beobachtung ist doch nicht aufgehoben? Sehr gut . . . Man soll den französischen Flieger so schnell wie möglich hierher zur Vernehmung überweisen. Unmöglich? Sehr schade! Jedenfalls übernehmen Sie die Beobachtung selbst, damit uns der Seemann nicht entwischt.

„Ach so, Genosse Abram!"

„Genosse Plastow, Sie brauche ich nicht mehr, und morgen früh berichten Sie mir ausführlicher über den Seemann."

„Also, Genosse Abram! machen Sie die Tür fest zu. Na, wie steht die Sache? Haben Sie den Engländer gefunden? Diese schlauen Hunde! Na, lange werden sie nicht verborgen bleiben, irgendwo werden sie schon auftauchen. Was teilt Planchette mit? Wie ist sein Name? Hekky? Mister Hekky? Sehr gut. Den sollen wir nur fassen! Ja, folgendes noch, Freund Abram: Pawlow hat mir seine Maßnahmen gegen die Spielhöhle gezeigt. Er spricht dort von Befreiung eines solchen Haifisches wie Botscharkin. Mir ist es nicht ganz klar. Untersuche du die Sache, so, unauffällig. Das ist alles! Ich bin erst um sechs Uhr zurückgekehrt. Wenn Horst ausgeschlafen hat, soll er mir die Sache Kwaschnin vorbereiten. Ich möchte mir den Jüngeren am liebsten selbst ansehen. Ja, hat dir Dagnis Bericht erstattet! Hat er mit Finikow liquidiert? Wann? Heute morgen? Schön. Mach' das Telegramm für Moskau mit meiner Unterschrift fertig. Schicke es nur dringend. Vorläufig nichts weiter . . . Also mit Botscharkin, untersuche bitte. Du hast mich doch verstanden? Auf Wiedersehen, abends . . ."

„Hallo, Fräulein 2248."

„Einen Augenblick, Genossen, ich bin gleich mit dem Telephon fertig, dann laßt sie ein."

„2248? Danke. Sind Sie es, Genosse Ignatjew? Hier Sudin. Guten Tag! Danke . . . Sehr gut . . . Ich wollte Ihnen mitteilen, daß es sich alles genau so bestätigt hat, wie wir es dachten . . . Na ja, gewiß, von ihm, von Ssawinkow! Durch ein Frauenzimmer haben wir den Faden entdeckt. Das war ein schlauer Wirrwarr! . . . Heute morgen ermordet? . . . So, so . . . Also vorläufig, auf Wiedersehen. Ja, ich bin abends da; am Tage geh ich nach Hause. Ich muß ausschlafen. Adieu! . . ."

Er läßt sich müde auf den Stuhl nieder. Die Augen fallen von selbst zu. Dazu noch die Sonne! Wie im Frühling! Klopft und blendet und schäkert und prallt mit aufdringlichem Schrei in die Fenster. Bis in die dunkelsten Winkel verstreut sie in Säulen den glänzenden Staub. Durch seinen goldenen Nebel wird alles unsichtbar. Und auf den klebrigen Lidern blühen die farbigstrahlenden Regenbogen.

„Ist der Wagen da? Ach so, Walz . . . Na, ich bitte."

Wie ein Bildchen: im grellen violettbraunen Umhang. Zu schreiend und bunt. Und noch dazu in den Strahlen der Sonne! In der Aureole der goldenen Staubsäulen. Die Locken wie Feuer.

„Bitte, nehmen Sie Platz! . . . ein schöner Tag heute, nicht?"

„Verzeihen Sie, ich bin sehr müde . . ."

„Sie wollen Arbeit? . . . das ist sehr schön . . . sehr schön . . . Wie ärgerlich, daß hier keine Stors sind. Man wird unbedingt zum Frühling welche anschaffen müssen, sonst blenden die roten Flecke die Augen."

„Gut, wir werden Ihnen Arbeit geben. Werden Sie es verstehen, eine Kartothek zu führen? Dann ist's ja gut! Pfui Teufel, welch muntere Klingel, wie eine Dusche."

„Hören Sie, Genosse Lipschajewitsch . . . wir wollen die Genossin Walz bei uns als Schreiberin anstellen. Geben wir ihr versuchsweise die Führung der Kartothek erledigter Sachen; die Eintragung und Numerierung der Namen. Sanegirjewa kann die laufenden Sachen übernehmen, sie kommt zu Schalenko; also abgemacht! Wo man ihr einen Platz geben soll? Sie kann ja hier in dem grauen Eckzimmerchen sitzen. Ein Außenseiterarchiv. Nun, das ist alles. Jetzt werde ich Sie verlassen. Und Sie, Genosse, führen sie in ihre Arbeit ein. Also: das Archiv in Ordnung halten! Auf Wiedersehen. Auf einen guten Anfang!" Zerstreuend die goldenen Garben des sonnigen Staubes, jagte er wie ein Wirbelwind davon. Unten heulte der Motor auf und verschwand.